

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 20. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum: 10. Februar 2026
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Mehmet Can, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident
Andreas Bammatter
Biljana Grasarevic
Philippe Hofmann (abwesend)
Christoph Morat (abwesend)
Silvia Stucki
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Jonas Stettler, Jurist

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Flavio Fehr, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Hanna Kirchhofer, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Nicole Morellini, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Lucca Schulz, Tim Söllick, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Iracema Tirant, Simon Trinkler, Jörg Waldner, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Kornel Bay, Melanie Butz, Matthieu Dobler Paganoni, Noëmi Feitsma, Louis Seifried, Henry Vogt

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22
18.20 Uhr 33 Anwesende = 22
18.40 Uhr 34 Anwesende = 23
19.30 Uhr 33 Anwesende = 22
19.35 Uhr 32 Anwesende = 22
19.45 Uhr 30 Anwesende = 20
21.05 Uhr 29 Anwesende = 20

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderats vom 19.3.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.12.2025, betreffend **Teilzonenplan und Teilzonenvorschriften Binningerstrasse - Teilzonenplan, Teilzonenreglement sowie Mutation Baulinien**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4773 / A
2. Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, Urs Poživil, FDP-Fraktion und Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion, vom 5.11.2025, betreffend **Konsultativabstimmung/Umfrage**
Antrag des Gemeinderats: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4810
3. Bericht des Gemeinderats vom 13.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 26.01.2026, betreffend **Teilrevision Steuerreglement**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4793 / B
4. Bericht des Gemeinderats vom 20.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 14.1.2026, betreffend **Quartierplan Weiherweg**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4795 / A
5. Zwischenbericht des Gemeinderats vom 14.1.2026, zur Motion der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 5.4.2025, betreffend **Stabilisierung der Finanzen**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4783 / A
6. Interpellation von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, vom 18.6.2025, betreffend **Schulsozialdienst auf der Primarstufe (SSA)**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4792 / A
7. Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 12.8.2025, betreffend **Kürzungen im Jugend + Sport**
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4796 / A
8. Interpellation von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 15.10.2025, betreffend **Gefährliche Parkplatzsituation in der Ochsenegasse**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4805 / A
9. Interpellation von Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion, vom 3.11.2025, betreffend **Tagesstrukturplätze**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4808 / A
10. Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 25.11.2025, betreffend **Rückforderung rechtmässig geleisteter Zusatzbeiträge**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4811 / A
11. Postulat von Lucca Schulz, SP, und Christian Jucker, GLP, vom 20.9.2025, betreffend **Informationen für potenzielle Einbürgerungen**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4803
12. Motion von Matthieu Dobler Paganoni und Noëmi Feitsma-Wirz, SP, betreffend **Aufwertung der Parkanlage an der Ecke Spitzwaldstrasse / Lettenweg**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4813

13. Verfahrenspostulat von Lucca Schulz, SP, vom 28.11.2025, betreffend
Fragestunde
Antrag des ER-Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4814
14. Petition
zur Wiedereinführung von Winterzulagen und Winterhilfe
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4816

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Für das Protokoll:

Christine Rüeggsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 19 vom 10. Februar 2026 und 11. Februar 2026

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Mehmet Can

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Mehmet Can, Präsident: Geschätzte Damen und Herren, wir beginnen mit unserer heutigen und morgigen Sitzung, bzw. heute Abend, 10. Februar 2026. An dieser Stelle möchte ich das Publikum willkommen heissen, Journalisten und meine Damen und Herren. Wir beginnen. Entschuldigt haben sich für heute Abend: Melanie Butz, Kornel Bay, Gemeinderat Philippe Hofmann, Gemeinderat Christoph Morat und Henry Vogt. Verspätet sind: Nicole Morellini, Urs Poživil. Dominik Baumgartner ist anwesend, Lea Blattner ist auch anwesend – Entschuldigung, ist auch verspätet. An dieser Stelle möchte ich Jonas Stettler kurz um die Präsenzkontrolle bitten. Besten Dank.

Dann haben wir noch eine Mitteilung, und zwar dürfen wir neu Nicole Morellini bei uns begrüßen. Die Dame kommt anstelle von Anne-Sophie Metz von der Grünen-Fraktion. Sie ist, glaube ich, einfach bislang nicht da, sie kommt später.

Und, bitte nach der Sitzung den Saal zügig verlassen und ins Foyer gehen, damit der Hauswart abschliessen und aufräumen kann. Selbstverständlich darf man im Foyer weiterdiskutieren.

Des Weiteren: Dringliche Interpellationen haben wir keine. Dringliche Postulate sind keine vorhanden. Übrige Vorstösse liegen auch keine vor.

Die **Traktandenliste** wurde rechtzeitig zugestellt. Ich frage den Rat kurz an, ob allfällige Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen. Herr Florian Spiegel, Sie haben das Wort!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Herr Präsident. Wir haben uns zuvor in der Fraktion noch kurzgeschlossen. Aufgrund der Anträge, die noch eingingen und man bei der 2. Lesung behandeln möchte, kam man zum Schluss, dass es daher sinnvoll erscheint, das Traktandum 2, die Motion zu dieser Konsultativabstimmung, heute abzusetzen und wieder auf die nächste Sitzung für die 2. Lesung aufzunehmen. Damit stellen wir den **Antrag**, dass das **Traktandum 2** für heute **abgesetzt wird**.

Mehmet Can, Präsident: In diesem Fall frage ich den Rat an, wer für diesen Antrag ist, sprich Traktandum 2 heute abzusetzen, soll jetzt bitte mit dem Stimmzettel «Ja» stimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Somit sehe ich, ihr habt den **Antrag einstimmig angenommen**. Entsprechend ist **Traktandum 2** heute Abend **abgesetzt**.

Weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste? Nichts. Somit ist die Traktandenliste in vorliegendem Fall genehmigt. Wir kommen sogleich zu unserem ersten Traktandum von heute Abend.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderats vom 19.3.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.12.2025, betreffend Teilzonenplan und Teilzonenvorschriften Binneringerstrasse - Teilzonenplan, Teilzonenreglement sowie Mutation Baulinien, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4773 / A

Mehmet Can, Präsident: Ich weise darauf hin, dass es eine Weiterführung der 1. Lesung des Teilzonenplans und der Teilzonenvorschriften Binneringerstrasse. Franz Vogt wollte noch etwas dazu sagen. Herr Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich habe dieses Geschäft vor einem Monat vorgestellt und hindurchgeführt. Ich hätte es nun noch einmal kurz zusammengefasst, da es ja doch ein sehr umfangreiches Geschäft ist, damit wir alle wieder wissen, worum es geht.

Der Teilzonenplan ist für Allschwil ein bedeutungsvolles Geschäft. Das Gebiet Binneringerstrasse wurde aus dem Zonenplan herausgelöst, um eine differenzierte, raumplanerische Lösung ermöglichen zu können. Der Teilzonenplan baut auf dem REK und auf dem Masterplan Binneringerstrasse auf. Er ist grundeigentümergebunden.

Die **Ziele** sind:

- Es soll ein attraktives Mischgebiet mit Schwerpunkt Arbeiten und Wohnen geschaffen werden. Im Gebiet gibt es bekanntlich grosse Versorgungszentren. Dies würde Wohnen mit kurzen Wegen sehr begünstigen.
- Die Bedingungen für Fuss- und Veloverkehr sollen verbessert werden. Die Voraussetzungen dazu sind eigentlich bereits optimal, da sich alles im Flachen befindet.
- Die öV-Qualität soll verbessert werden. Idealerweise, aber nicht zwingend mit dem Tram. Die Verkehrsqualität für die Autofahrer soll nicht eingeschränkt werden, jedoch wird das Gebiet viel Mehrverkehr nicht ertragen.

- Des Weiteren soll ein Augenmerk auf die Durchgrünung gelegt werden. Diese soll gefördert und auch die Aufenthaltsqualität soll entscheidend verbessert werden. Auch die vertikale Verdichtung soll Durchgrünung ermöglichen und den Fussabdruck verkleinern.
- Das Gewerbe bleibt wichtig, es soll weiterhin die Lärmschutzzone III gelten, die Zufahrten sollen garantiert bleiben.
- Mit den einzelnen Zonen soll der betreffende Raum differenziert gelesen werden können. So unterscheidet man die Zonengruppe *Wohn- und Geschäftszone* und eine *Zentrumszone*, wo eine Mischnutzung angedacht ist, und eine *Gewerbezone*, in der nur gearbeitet werden soll, und dann noch die *Wohnzone im Stockbrunnenrain*.
- In der *Zentrumszone* ist zum Schutz des Gewerbes ein Mindestanteil Gewerbe von 70 % vorgesehen. Zudem bleiben die Erdgeschosse weitgehend dem Gewerbe vorbehalten. Dies nicht nur für die Nutzung von Läden. Denken Sie daran, auch Handwerksbetriebe sind auf Erdgeschosse angewiesen. Hinzu kommen noch *Zonen mit Quartierplanpflicht*.

Das wäre der kurze Überblick gewesen, worum es geht. Dann hätte ich noch einmal kurz zusammengefasst, was der Gemeinderat zu den **Anträgen der KBU** meint:

- Mit der Fassadenbegrünung, die angerechnet werden soll, wären wir einverstanden.
- Auch mit der *Wohn- und Geschäftszone Stockbrunnenrain* mit Lärmschutzstufe III anstelle Wohnzone Stockbrunnenrain kann sich der Gemeinderat einverstanden erklären.
- Zum *Ortsbildschutz Binningerstrasse* für die *Liegenschaften 167 und 169* raten wir eher ab. Und wenn man diese zwei Gebäude unter Schutz stellen will, raten wir, dass man sie als einzelne Objekte schützen würde und man nicht eine Schutzzone errichten sollte.
- Den Passus, dass Leute keine Parkkarte beziehen könnten, ich bin mir nun nicht ganz sicher, ob es in diesem Geschäft ist, hält der Gemeinderat für unnötig. Es würde auch der Gleichbehandlung von allen entgegenwirken.
- Beim Quartierplan Ziegelei Ost möchte die Kommission, dass der Anteil von Ateliers und Handwerksbetrieben speziell festgehalten werden soll – dies wäre für den Gemeinderat so weit okay. Man müsste allenfalls die Formulierung leicht anpassen.
- Dann kommen wir zur Tramwendeschleife Gartenhof: Dazu würde der Gemeinderat die Umfrage bevorzugen, die Sie, wie man weiss, auf die nächste Sitzung verschoben haben. Der Gemeinderat rät hier vom Vorschlag der KBU ab. Wir hätten den Kompromissvorschlag, dass man die Parzelle A 788 als weisse Zone ausweisen würde, Art. 32 im Reglement zu dieser Zone Gartenhof würde ersatzlos gestrichen, ebenso würden die Bestimmungen zur *Zentrumszone Gartenhof* in Art. 25 gelöscht. Also, das wäre der Vorschlag des Gemeinderats. Er würde beliebt machen, auf die Anträge 3 und 4 der KBU zu verzichten.
- Im Weiteren habe ich das letzte Mal erwähnt, dass beim Schuppen des Pfortnerhauses die Schraffierung wahrscheinlich fälschlicherweise zu gross eingezeichnet wurde. Diese sollte reduziert werden. Dies natürlich in der 2. Lesung.

Dies wäre meine kurze Einführung.

Mehmet Can, Präsident: Herr Vogt, sind Sie fertig? Danke schön. Herr Häuptli, haben Sie gleich noch was? Nichts, okay. Können wir gleich weiterfahren. Und zwar frage ich den Rat an, ob artikel- oder abschnittsweise Beratung des Gemeinderatsberichts erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir direkt zur **1. Lesung des Teilzonenreglements, Teilzonenplans Binningerstrasse**.

Dafür bitte ich den 2. Vizepräsidenten, die Artikel vom Reglement aufzurufen, bzw. der **Synopse der Version A der KBU** vorzutragen. Der 1. Vizepräsident, Tim Söllick, soll bitte die Wortbegehren melden. Danke schön.

Teilzonenreglement, Teilzonenplan bzw. Synopse «Binningerstrasse»

1. EINLEITUNG Seite 9

keine Wortmeldung

1.1 Allgemeine Bestimmungen Seite 9

keine Wortmeldung

Art. 1 Bestandteile, Geltungsbereich

keine Wortmeldung

Art 2 Zweck und Ziele

keine Wortmeldung

2. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN Seite 10

keine Wortmeldung

2.1 Allgemeine Bauvorschriften Seite 10

keine Wortmeldung

Art. 3 Parzellenfläche für bauliche Nutzung Seite 10

keine Wortmeldung

Art. 4 Ausnutzungsziffer Seite 11

keine Wortmeldung

Art. 5 Grünziffer Seite 13

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Urs Poživil, bitte!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe nur eine grundsätzliche Frage: Gibt es nicht noch eine allgemeine Beratung? Denn ich glaube, die Fraktionen haben sich bisher nicht äussern können. Letztes Mal haben sich einfach der KBU-Präsident und der Gemeinderatspräsident geäussert, aber bis jetzt nicht die Fraktionen. Also, ich mag mich vielleicht völlig irren, aber ich glaube, das wäre noch interessant.

Mehmet Can, Präsident: Herr Poživil – Entschuldigung, vielleicht zuerst Herr Jucker, danach komme ich gleich zu Ihnen zurück.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, das letzte Mal konnten sich alle Fraktionen zum Reglement einzeln äussern. Ausser das möchte jemand noch einmal. Aber genau das haben wir eigentlich das letzte Mal gemacht und dann abgebrochen, bevor wir zur Detailberatung gekommen sind.

Mehmet Can, Präsident: Herr Poživil, das ist korrekt. – Gut, dann fahren wir fort.

Art. 6 Ermittlung des Gebäudeprofils / Bauabstände

keine Wortmeldung

Art. 7 Vollgeschosse

keine Wortmeldung

Art. 8 Untergeschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 9 Dachgeschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 10 Attikageschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 11 Klein- und Anbauten Seite 19

keine Wortmeldung

Art. 12 Nutzungsübertragung Seite 24

keine Wortmeldung

2.2 Gestaltung der Bauten Seite 24

keine Wortmeldung

Art. 13 Vorinformation und Vorabklärungen Seite 24

keine Wortmeldung

Art. 14 Allgemeine Einpassungen (Gestaltungsgrundsatz Seite 24

keine Wortmeldung

Art. 15 Siedlungsklimatische Aspekte Seite 25

keine Wortmeldung

Art. 16 Dachformen / Dachgestaltung Seite 25

keine Wortmeldung

Art. 17 Dachaufbauten, Dacheinschnitte, Dachflächenfenster Seite 28

keine Wortmeldung

Art. 18 Energieanlagen / Energienutzung Seite 30

keine Wortmeldung

Art. 19 Artenschutz Seite 30

2.3 Gestaltung der Umgebung Seite 31

keine Wortmeldung

Art. 20 Gestaltung der Umgebung im Siedlungsgebiet

keine Wortmeldung

Art. 21 Bäume im Siedlungsgebiet Seite 32

keine Wortmeldung

Art. 22 Umgebungsplan Seite 36

keine Wortmeldung

Art. 23 Einfriedungen entlang der Binningerstrasse Seite 37

keine Wortmeldung

Art. 24 Nebenanlagen Seite 38

keine Wortmeldung

3. ZONENSPEZIFISCHE BESTIMMUNGEN Seite 39

keine Wortmeldung

Art. 25 Nutzungszonenvorschriften Seite 39

keine Wortmeldung

3.1 Wohn-/Geschäftszonen und Wohnzonen Seite 40

keine Wortmeldung

Art. 26 Wohn- und Geschäftszone Letten Seite 40

keine Wortmeldung

Art. 27 Wohn- und Geschäftszone Langenhag Seite 41

keine Wortmeldung

Art. 28 Wohn- und Geschäftszone Stockbrunnenrain Seite 42

keine Wortmeldung

Art. 29 Wohnzone Stockbrunnenrain Ziegelei Seite 43

keine Wortmeldung

3.2 Zentrumszonen Seite 44

keine Wortmeldung

Art. 30 Zentrumszone Letten Seite 44

keine Wortmeldung

Art. 31 Zentrumszone Ziegelei (West/Ost) Seite 45

keine Wortmeldung

3.3 Gewerbebezonen Seite 47

keine Wortmeldung

Art. 33 Gewerbebezonen Ziegelei, Letten und Stockbrunnenrain Seite 47

keine Wortmeldung

3.4 Zonen für öffentliche Werke und Anlagen Seite 48

keine Wortmeldung

Art. 34 Zone für öffentliche Werke und Anlagen Seite 49

keine Wortmeldung

3.5 Grünzone Seite 49

keine Wortmeldung

Art. 35 Grünzone Seite 49

keine Wortmeldung

3.6 Gefahrenzonen Seite 50

keine Wortmeldung

Art. 36 Gefahrenzone allgemein Seite 50

keine Wortmeldung

Art. 37 Gefahrenzone Überschwemmung Seite 50

keine Wortmeldung

Art. 38 Gefahrenzone Rutschung Seite 51

keine Wortmeldung

3.7 Überlagerte Zonen und Festlegungen Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 39 Vorplatzbereiche Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 40 Vorbereiche Lettenweg Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 41 Schutzbepflanzung Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 42 Baumreihe / Allee Seite 53

keine Wortmeldung

3.8 Erschliessung, Mobilität und Durchwegung Seite 53

keine Wortmeldung

Art. 43 Abstellplätze für Velos und Personenwagen Seite 53

keine Wortmeldung

Art. 44 Anordnung von Anlieferungen zu den Gewerbenutzungen Seite 54

keine Wortmeldung

3.9 Weitere Festlegungen Seite 54

keine Wortmeldung

Art. 45 Objekte unter kommunalem Schutz Seite 54

keine Wortmeldung

Art. 45a Ortsbildschutzzone Seite 54

keine Wortmeldung

4. SONDERNUTZUNGSPLANUNGEN Seite 56

keine Wortmeldung

4.1 Quartierplanung Seite 56

keine Wortmeldung

Art. 46 Quartierplanungen Seite 56

keine Wortmeldung

Art. 47 Zonen mit Quartierplanpflicht (ZQP) Seite 59

keine Wortmeldung

Art. 48 ZQP-Areal «Ziegelei Ost» Seite 59

keine Wortmeldung

Art. 49 ZQP-Areal «Stockbrunnenrain Nord» Seite 61

keine Wortmeldung

Art. 50 ZQP-Areal «Bodenschatz» Seite 62

keine Wortmeldung

4.2 Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan Seite 63

keine Wortmeldung

Art. 51 Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan Seite 63

keine Wortmeldung

5. VOLLZUGSBESTIMMUNGEN Seite 65

keine Wortmeldung

Art. 52 Beratende Kommission – Bauausschuss Seite 65

keine Wortmeldung

Art. 53 Vollzugsbehörde Seite 65

keine Wortmeldung

Art. 54 Delegationen Seite 66

keine Wortmeldung

Art. 55 Besitzstandgarantie für zonenfremde Bauten und Anlagen Seite 66

keine Wortmeldung

Art. 56 Ausnahmen allgemeiner Art Seite 66

keine Wortmeldung

6. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

keine Wortmeldung

Art. 57 Inkrafttreten und Genehmigung Seite 68

keine Wortmeldung

ANHANG Seite 70

keine Wortmeldung

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Dies wäre nun KBU-Teilzonenplan Teil A. gewesen. Wir kommen sogleich zur Synopse der KBU ergänzende Bestimmungen, Teilzonenreglement, Teilzonenplan Binningerstrasse, bzw. **Synopse der KBU, ergänzende Bestimmungen Teil B**. Ich bitte den 2. Vizepräsidenten, durch den Inhalt zu führen, und Wortmeldungen durch Tim Söllick, den 1. Vizepräsidenten. Danke schön.

1. EINLEITUNG Seite 7

keine Wortmeldung

2. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN Seite 8

keine Wortmeldung

3. ZONENSPEZIFISCHE BESTIMMUNGEN Seite 9

keine Wortmeldung

Art. 25 Nutzungszonenvorschriften Seite 9

keine Wortmeldung

Art. 32 Zentrumszone Gartenhof Seite 11

keine Wortmeldung

4. SONDERNUTZUNGSPLANUNGEN Seite 13

keine Wortmeldung

5. VOLLZUGSBESTIMMUNGEN Seite 14

keine Wortmeldung

6. SCHLUSSBESTIMMUNGEN Seite 15

keine Wortmeldung

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Sofern keine Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die erste Sitzung somit abgeschlossen ist. Abstimmung über Anträge der Kommission für Bauwesen und Umwelt gemäss Bericht erfolgt erst im Anschluss an die 2. Lesung.

Traktandum 2, Geschäft 4810, haben wir bekanntlich abgesetzt, entsprechend kommen wir direkt zu Traktandum 3.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderats vom 13.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 26.01.2026, betreffend Teilrevision Steuerreglement, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4793 / B

Mehmet Can, Präsident: Ich weise darauf hin, dass es sich um die 1. Lesung des Steuerreglements handelt. Ist Eintreten bestritten? Die Ausführungen hat zuerst die KSD-Präsidentin Laura Neuhaus, anschliessend kommt Gemeinderat Robert Vogt zu Wort, danach kommen wir zur allgemeinen Beratung. Frau Neuhaus, Sie haben das Wort!

Laura Neuhaus, KSD-Präsidentin: Besten Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich gehe davon aus, dass Sie alle den Kommissionsbericht gelesen haben, und beschränke mich im Folgenden nur auf eine kurze Zusammenfassung. Die Kommission für Sicherheit und Dienste hat das Geschäft Nr. 4793 zur Teilrevision des Steuerreglements vertieft geprüft. Im Zentrum stand dabei die strategische Frage: Soll die Steuerveranlagung und der Steuerbezug künftig weiterhin durch die Gemeinde Allschwil erfolgen oder ab dem Steuerjahr 2027 durch die kantonale Steuerverwaltung Basel-Landschaft? Die Kommission hat dieses Geschäft in mehreren Sitzungen behandelt und dabei sowohl die eigene Gemeindeverwaltung, den Gemeinderat, als auch die Erfahrungen der Referenzgemeinde Münchenstein, einbezogen. Im Verlauf der KSD-Sitzungen wurden insbesondere **zwei zentrale Aspekte** relevant:

1. Effizienz und strategische Vorsorge im Hinblick auf mögliche, künftige Reformen. Allen voran die potenzielle Einführung der Individualbesteuerung, über welche im März abgestimmt wird.

sowie

2. Der verantwortungsvolle Umgang mit dem betroffenen Personal, insbesondere durch einen Sozialplan.

Sowohl die Gemeinde als auch der Kanton arbeiten mit derselben Software und nach denselben gesetzlichen Grundlagen. Der Kanton verfügt jedoch über stark standardisierte Abläufe und erzielt dadurch klare Skaleneffekte. Pro Mitarbeitendem können deutlich mehr Steuererklärungen bearbeitet werden, als in einer Gemeindeverwaltung. Eine vollständige Angleichung des Prozesses in Allschwil wäre theoretisch möglich, erscheint aber aufgrund der kleineren Organisation langfristig weder effizient noch sinnvoll. Zur Veranschaulichung: Es fällt stärker auf, wenn eine von fünf Personen bei Krankheit ausfällt, als wenn eine von 50 Personen ausfällt.

Zur Wirtschaftlichkeit: Der Übergang zur kantonalen Lösung verursacht einmalige Kosten von schätzungsweise 1,8 Mio. Franken, etwa für Personal, IT und den Sozialplan. Diese Investition amortisiert sich jedoch durch jährliche Einsparungen von rund 300 000 Franken innerhalb von ungefähr sechs Jahren. Wie bei allen Zukunftsberechnungen, besteht auch hier eine inhärente Ungewissheit in der Genauigkeit dieser Berechnungen. Langfristig geht die KSD gemeinsam mit dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung davon aus, dass der Betrieb beim Kanton entsprechend günstiger ist und mehr Planungssicherheit bringt. Die Erfahrungen der Gemeinde Münchenstein bestätigen diese Annahme.

Zur Individualbesteuerung: Sollte die Individualbesteuerung auf Bundesebene eingeführt werden – es wird noch abgestimmt –, würde sich die Anzahl Dossiers und die Komplexität der Verfahren deutlich erhöhen. Für eine einzelne Gemeinde wäre dies mit erheblichem Zusatzaufwand und höherem Risiko verbunden. Der Kanton ist strukturell deutlich besser aufgestellt, um solche Änderungen effizient umzusetzen. Für die KSD ist klar: Spätestens mit der Individualbesteuerung stösst eine gemeindeeigene Steuerveranlagung an ihre Grenzen.

Zum Personal: Ein sensibler Punkt ist der Knowhow-Verlust. Mit der Auslagerung geht Fachwissen verloren. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung aus Münchenstein, dass die betroffenen Mitarbeitenden gute Arbeitschancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Der vorgesehene Sozialplan sorgt für faire Abfederung mit Abgangsentschädigungen, gezielten Durchhalteprämien und Massnahmen zur Sicherung des notwendigen Wissens während der Übergangsphase. Für die KSD ist entscheidend, dass die Auslagerung sozial verantwortungsvoll erfolgt. Die Voraussetzungen erachten wir mit dem vom Gemeinderat in Aussicht gestellten Sozialplan als erfüllt. Eine rasche Entscheidung sowie eine klare und transparente Kommunikation mit dem Personal werden zudem notwendig sein.

Zum Service public: Die Schliessung des lokalen Steuerschalters für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist eine Umgewöhnung. Der Kanton bietet jedoch vergleichbare Kontaktmöglichkeiten, telefonisch, schriftlich, online und persönlich an. Die Erfahrungen aus Münchenstein zeigen keine Verschlechterung der Servicequalität. Wichtig ist auch da, dass die betroffenen Personen umfassend informiert werden.

Zur strategischen Weichenstellung: Die Entscheidung ist langfristig zu verstehen. Eine Rückkehr zur gemeindeeigenen Lösung wäre zwar rechtlich möglich, praktisch aber kaum realistisch. Wenn das Knowhow mal weg ist, ist es schwierig, es wieder aufzubauen. Aus strategischer Sicht ist die Auslagerung aber folgerichtig, da ein stark regulierter und zunehmend komplexer Aufgabenbereich zentral effizienter bewältigt werden kann.

Zusammenfassend kommt die KSD zum Schluss, dass die Vorteile der Auslagerung wie Effizienz, Wirtschaftlichkeit, langfristige Stabilität und Vorsorge für künftige Reformen, die potenziellen Nachteile überwiegen. Unter Berücksichtigung der sozialen Begleitmassnahmen empfiehlt die Kommission dem Einwohnerrat daher einstimmig, der Teilrevision des Steuerreglements jetzt zuzustimmen. Damit habe ich den Teil für die Kommission geschlossen.

Ich möchte mir nur kurz eine persönliche Anmerkung erlauben. Vorab: Es hat sich eben die Frage gestellt, die KSD war selbstverständlich formal gesehen die zuständige Kommission für die Behandlung des vorliegenden Geschäfts. Ich erlaube mir, meine eigene Frage nachträglich zu beantworten. Diese lautete: *Über welche Mittel verfügt die KSD, die der FIREKO nicht zur Verfügung gestanden hätten?* Kurze Antwort: Über keine! Sämtliche, für die Bearbeitung eingesetzten Instrumente, etwa Befragungen oder der Einsatz technischer Hilfsmittel, hätten in der gleichen Weise auch der FIREKO offen gestanden.

Im Weiteren sei der folgende Hinweis erlaubt: Das Geschäft wurde, nachdem es bereits durch die FIREKO bearbeitet worden war, zusätzlich an die KSD überwiesen. Dies u. a. mit der Begründung, dass bei einer Mehrheit der Ratsmitglieder weiterhin wesentliche Fragen offen gewesen seien. Die KSD ersuchte in diesem Zusammenhang alle Ratsmitglieder um eine schriftliche Zusammenstellung der offenen Fragen, damit so auch die Möglichkeit gegeben wird, alle Fragen zu beantworten. Eingingen ist eine einzelne Rückmeldung. Ja, das lasse ich so stehen. Danke.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank an Frau Neuhaus. Gemeinderat Robert Vogt, Sie haben das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Damen und Herren. Der Gemeinderat beantragt Ihnen die Teilrevision des Steuerreglements, damit wir die Steuern nach Liestal verschieben können. Sie haben sich letztes Jahr dazu entschlossen, dass die Kommission KSD die Diskussion noch einmal aufnimmt. Wir haben gesehen, dass innerhalb der Kommission interessante Fragen gestellt und diese auch seriös beantwortet wurden. Es liegt Ihnen jetzt ein vertiefter Bericht vor, der Ihnen eigentlich alle Fragen beantworten müsste, um heute zu einer Entscheidung kommen zu können.

Ich würde aber gerne die Chance nutzen und eine sozialpolitische Würdigung vornehmen, denn für die Mitarbeiter der Gemeinde Allschwil, die direkt betroffen sind, ist es eine belastende Situation. Sie können sich vorstellen, seit dem Entscheid vom 20. März 2024, als Sie eine mehrheitliche Überweisung des Postulats beschlossen haben, waren die Mitarbeiter verunsichert. In der Zwischenzeit haben sich natürlich alle überlegt, welche Chancen und Mittel sie haben. Und jetzt stehen wir vor einer Entscheidung, die meiner Meinung nach klar ist, dass wir eine Auslagerung beschliessen sollen. Andererseits möchte ich auch grossen Dank aussprechen, dass die Mitarbeiter bis heute qualitativ hochwertige und zuverlässige Arbeit leisten und damit den Laden am Laufen halten. Unabhängig davon hält der Gemeinderat fest, dass wir die Teilrevision des Steuergesetzes umsetzen möchten, und kommen demnach zu demselben Schluss wie die Kommission. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Dann kommen wir jetzt zur allgemeinen Beratung. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten bitten, durch die allgemeine Beratung zu führen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Niggi Morat, bitte!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. In der SP-Fraktion gab es bereits nach dem Gemeindebericht zum Postulat von Christian Jucker, Geschäft 4680, Bedenken, ob es wirklich eine gute Idee ist, die Steuerabteilung auszulagern. Ich selbst gehörte auch zu diesen Skeptikern. Nun, nach der Kommissionssitzung in der KSD, zu der wir den Bereichsleiter Finanzen, den Finanzchef unseres Gemeinderats und den Finanzchef des Gemeinderats Münchenstein als Gäste begrüssen durften, hat sich meine Sicht darauf kurz geändert, weil uns an dieser Sitzung erläutert wurde, dass im Gemeinderat ein Sozialplan für das betroffene Personal beschlossen wurde, weil uns der Gast aus Münchenstein erklärt hat, dass die dortige Auslagerung eine einzige Erfolgsgeschichte war. Aktuell: Der Aufwand für die Steuerabteilung wird sich bei der Annahme der Individualbesteuerung sicher erhöhen. Dies gilt natürlich für die Gemeinde genauso wie für den Kanton. Es ist also die Frage: Wer kann diesen Mehraufwand besser bewältigen?

Meine explizite Frage an dieser KSD-Sitzung, ob das betroffene Personal Kontakt zum Mitarbeitendenrat hatte, wurde verneint. Also ging ich naiverweise davon aus, dass es in der Verwaltung kaum Opposition gegen diese Pläne gibt. Mittlerweile haben sich für mich jedoch bei zwei Aspekten neue Fragen aufgetan. Das eine habe ich schon angesprochen, das ist das Personal. Ich habe ein wenig recherchiert, dass der Kontakt zwischen Personal und dem Mitarbeitendenrat sehr wohl stattgefunden hat. Es gab gegen diese Auslagerung von jeher Opposition in der Verwaltung. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und nicht zuletzt auch dem Wissen geschuldet, dass unsere Steuerabteilung einen ausgezeichneten Job macht und dadurch, nebst den Steuereinnahmen, auch für weiteren Ertrag sorgt. Eine Opposition gab es offenbar auch beim Personal in Münchenstein. Die Gründe dort sind in etwa deckungsgleich.

Der zweite Aspekt sind die Finanzen. In der Postulatsbeantwortung und im Bericht des Gemeinderats und der KSD wird ein Minderaufwand von ca. 300 000 Franken beschrieben. Den nach einer Übergangsphase, die ein Preisschild von 1,8 Mio. aufweist. Es ist jedoch meiner Meinung nach ein Punkt, bzw. sogar ein ganzes Konto nicht einberechnet. In Rechnung und Budget wird dem Konto 0220.4611 jeweils ausgewiesen, bzw. prognostiziert, wie viel wir für die Bearbeitung der Steuerveranlagung einnehmen. In der letzten Jahresrechnung 2024, die der Einwohnerrat genehmigte, waren es immerhin

472 000 Franken. Das kantonale Steuergesetz gibt den Gemeinden vor, dass sie grundsätzlich für die Behandlung der Veranlagung von unselbstständig Erwerbenden und von nicht Erwerbstätigen zuständig sind. Dies wird mit 35 Franken pro Veranlagung vergütet, und nur die Veranlagungen von Spezialfällen dieser Bevölkerungsgruppe, siehe Verordnung § 12 vom Regierungsrat zum Steuergesetz, die vom Kanton direkt behandelt werden, bezahlt die Gemeinde die 35 Franken an den Kanton.

Wenn wir jetzt in der Gemeinde beschliessen, diese Aufgaben der Steuerabteilung an den Kanton auszulagern, entbindet uns das nicht vom Auftrag, den wir durch das Steuergesetz haben. Wir bezahlen einfach künftig für diese Dienstleistung, die wir bis anhin selbst geleistet haben, und durch die wir einen Ertrag generieren konnten. Können wir da wirklich noch von einem Minderaufwand durch Ersparnis sprechen? Das wird wohl nur durch die Revision des kantonalen Steuergesetzes möglich werden. Ich erhoffe mir jetzt, dass wir in der KSD diese zwei Aspekte noch einmal betrachten, bevor wir dann in die 2. Lesung gehen, damit der Einwohnerrat auch an der 2. Lesung weiss, was er macht.

Jetzt noch einen Satz zu meinem entscheidenden KSD-Bericht, in welchem wir nämlich einstimmig für den Antrag sind, die Arbeiten unserer Steuerabteilung auszulagern: Diese Einstimmigkeit hat sich jetzt für mich mindestens relativiert. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Ich möchte gerne etwas als Einwohnerrat sagen. Es war die Idee des Gemeindepräsidenten von Münchenstein. Selbstverständlich war er Feuer und Flamme. Etwas anderes hätte ich auch nicht von ihm erwartet. Dann habe ich von Laura Neuhaus ein paar Dinge gehört, die ich gerne hinterfragen will. Man hat uns mit Münchenstein verglichen. Münchenstein ist halb so gross wie wir. Wir waren, Stand 2024, um die 24 000 Einwohner. Bin ich richtig? Entschuldigung – so plus / minus, denke ich mal. Wir haben im Moment um die 12 223 Veranlagungen. Es würde mich interessieren, wie viele Münchenstein hatte. Wahrscheinlich deutlich weniger als wir.

Es war die Rede von der Individualbesteuerung, der Kanton würde das bewältigen können. Der Kanton benötigt auch mehr Leute. Sie müssen sie wahrscheinlich auch von irgendwo herholen. Erstaunlich und interessant war die Aussage von Laura Neuhaus, dass die Angestellten gemäss Bericht und gemäss Information des Gemeindepräsidenten Münchenstein, gute Chancen auf dem Markt haben. Nicht beim Kanton, auf dem Markt. So, wie ich nun durch die Blume und ein wenig mal von hier und mal von da höre, dass sich die einen oder anderen von den Angestellten, die wir auf der Gemeinde Allschwil haben, beim Kanton beworben haben: Sie wurden abgelehnt, nicht einmal zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Das sind elf Leute. Da frage ich mich jetzt und komme zur nächsten Frage: Service public hat in Münchenstein anscheinend bis jetzt nie darunter gelitten. Wie hat man dies denn gemessen? Hat man jeweils die Senioren gefragt: Hey, könnt ihr gelegentlich, könnt ihr trotzdem nach Liestal gehen und fragen?

Ich finde, es liegt in der Verantwortung von uns als Gemeinde oder vor allem als Einwohnervertreter, unserer Bevölkerung und auch der Verwaltung gegenüber, dass wir unsere Steuern hier belassen. Es gibt Fortschritt, es gibt ein Wachstum. Allschwil ist mittlerweile – wir sind nach wie vor ... wir haben immer noch ... wir sind ein Dorf, aber den Charakter eines Dorfes haben wir nicht mehr, wir wachsen. Entsprechend soll man das Wachstum nicht aufhalten. Wir sollten es vielleicht doch bei uns behalten. Steuern aus der Hand geben, Buchhaltung aus der Hand geben? Ich weiss nicht, wie gut das ist. In der Privatwirtschaft macht man das nicht. Die einen oder anderen würden sagen: Ja, wir sind nicht in der Privatwirtschaft, stimmt. Daher gibt es so viele Fragen, die für mich nicht beantwortet sind. Zum Glück sind wir in der 1. Lesung und dürfen es in der 2. Lesung entsprechend besser, qualifizierter beantworten und entscheiden. Trotz allem finde ich, der Bericht hat für mich noch die eine oder andere Frage, die beantwortet werden muss. Eben im Hinblick darauf, was mit unseren Angestellten der Steuerverwaltung passiert. Dass sie gute Chancen auf dem Markt haben, ist selbstverständlich; früher oder später haben sie gute Chancen, da habt ihr recht, sie sind ja auch gut qualifiziert. Die nächste Frage von mir war auch: Wie viele Angestellte hatte denn die Verwaltung Münchenstein?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Laura Neuhaus, bitte!

Laura Neuhaus, KSD-Präsidentin: Vielen Dank für die zusätzlichen Fragen. Es wäre super gewesen, wenn diese Fragen vielleicht schon ausformuliert gewesen wären, als der Bericht noch einmal in die zweite Kommission gegeben wurde. Denn dann hätte man vielleicht auch genauer darauf eingehen können. Nun einfach so zum Sagen: Wir haben gemeint, es gab viel Ungewissheit wegen der effektiven Umsetzung des Ganzen. Die effektive Umsetzung ist schwierig absehbar. Wie es in Zukunft aussehen und ob alles reibungslos klappen wird, kann man nicht wissen. Das Einzige, was uns

eingefallen ist, wie man vielleicht eben eine gewisse Referenz erhalten könnte, ist, dass man die letzte Gemeinde, die letzte grössere Gemeinde – es gibt natürlich keine grössere als Allschwil, muss man festhalten, das ist halt so, deshalb ist es halt Münchenstein geworden, weil sie zuletzt ihre Steuerveranlagung extern gegeben haben, sich dieselben Fragen gestellt haben. Selbstverständlich sind sie nicht gleich gross und haben nicht denselben Aufwand wie Allschwil. Aber das war als Referenzfall einfach nicht vorhanden. Wenn jemand eine Gemeinde kennt, die nun besser an den Referenzfall hinkommt als Münchenstein, dann bin ich gerne offen dafür. In der KSD war es die einzige Referenz, die zur Verfügung stand.

Da stand eher mal der Gedanke, dass man ein wenig von der Erfahrung, von einer realen Erfahrung über diese Steuerveranlagung mitbekommt und nicht immer einfach nur die theoretische Ausgestaltung vom Gemeinderat oder von der Gemeindeverwaltung und allen gemacht wird. Sondern einfach als Rückmeldung. Ja, es war der Gemeinderat, den wir dort angefragt haben, weil er auch für die Finanzen verantwortlich ist. Deshalb haben wir gedacht, dass er wahrscheinlich im ganzen Projekt am meisten eingebunden war und die meisten Antworten geben kann.

Für die einzelnen Zahlen müssen wir uns noch einmal an Münchenstein wenden, wie viel es war. Es fand alles über einen mündlichen Austausch statt. Die Detailzahlen waren damals nicht das Relevanteste, sie standen auch nicht als Frage im Raum. Deshalb dürfen wir uns bestimmt noch einmal an Münchenstein wenden. Im Übrigen war es vom Gemeinderat von Münchenstein sehr grosszügig, dass er sich praktisch eine Stunde Zeit genommen hat, um die Fragen zu beantworten.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich wollte eigentlich ein Grundsatz-Statement anbringen. Aber ich glaube, ich habe es schon dreimal gesagt, zum Postulat, das ich ursprünglich vorgebracht habe. Ich möchte schon schnell, Mehmet, du hast das letzte Mal einfach bereits Dinge erzählt, die aus der Luft gegriffen sind. Es ist schon etwas haarsträubend. Letztes Mal hatten wir die Diskussion über den Briefkasten, den es schon lange nicht mehr gibt. Wir haben jedes Mal etwas Neues. Es war erst einmal nicht der Gemeindepräsident von Münchenstein, sondern ein Gemeinderat. Die KSD beherrscht den Dreisatz relativ fehlerlos. Wir könnten die Anzahl Steuererklärungen auf die Grösse von Allschwil eventuell hochrechnen. In Münchenstein ging man von viel höheren Einsparungen aus, als wir sie hier haben, weil sie eben auf andere Art organisiert waren. Wir haben diese Organisationsunterschiede sehr genau aufgenommen. Wir können es betrachten und wir können entscheiden, was für eine Gemeinde wie Münchenstein und was für uns zutrifft. Deshalb haben wir auch zwei unterschiedliche Rechnungen erstellt. Und wie zuvor erwähnt, der Dreisatz steht uns nicht so fern, als dass wir nicht wüssten, wie er funktioniert.

Im Weiteren: Die Steuer aus der Hand zu geben, ist bestimmt nicht dasselbe, wie die Buchhaltung aus der Hand zu geben. Du hast beides in denselben Topf geworfen. Es ist nicht dasselbe, ob man die Steuerveranlagung aus der Hand gibt, oder ob man die Buchhaltung aus der Hand gibt. Man kann als Argument nicht einfach irgendwelches Zeug hintereinander reihen, sondern man müsste sich schon ein wenig Gedanken darüber machen, wie es weitergeht. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Mehmet Can!

Mehmet Can, SP-Fraktion: Danke schön. Also, dass es nicht der Gemeindepräsident, sondern der Gemeinderat war, es tut mir leid, das habe ich missverstanden. Und danke schön an den Gemeinderat, dass er sich die Zeit genommen hat. Vielen Dank. So. Alles gut. Ich gehe mal davon aus, man hat sich dabei offenbar etwas überlegt, was auch immer. Dass man Steuern aus der Hand gibt und nicht die Buchhaltung, ja, Herr Jucker, da haben Sie auch dazu recht, stimmt. Andererseits, ich meine, mit Münchenstein hat man begonnen, jetzt ist es Allschwil. Wer kommt danach? Vielleicht folgen andere Gemeinden, und dann hat Liestal irgendwann einmal auch keinen Platz mehr. Und wo geht man dann hin? Sissach, Gelterkinden? Gehen Sie mal von Allschwil nach Gelterkinden, wenn Sie irgendwann einmal eine Frage haben. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Christian Jucker, wir können uns zweimal äussern.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Genau. Ich möchte dieses Spiel nicht endlos treiben, aber ich heisse mal Herr Jucker und nicht Herr Junker. Dann gibt es schon viele Gemeinden, die beim Kanton sind. Natürlich haben wir ein Protokoll vom Gespräch mit Münchenstein erstellt, dieses hängen wir aber hier nicht an. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Mehmet Can, Präsident: In diesem Fall kommen wir weiter. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung des Gemeinderatsberichts erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir direkt zur **1. Lesung**. Dann möchte ich den 2. Vizepräsidenten bitten, durch die Paragrafen zu führen, und den 1. Vizepräsidenten, die Wortmeldungen aufzurufen. Danke schön.

Steuerreglement

INHALT

§ 1 Gegenstand Seite 3

keine Wortmeldung

§ 2 Steuerfüsse Seite 3

keine Wortmeldung

§ 3 Steuerveranlagung Seite 3

keine Wortmeldung

§ 4 Gemeindesteuerrechnung Seite 3

keine Wortmeldung

§ 5 Rechtsmittel Seite 3

keine Wortmeldung

§ 6 Fälligkeit, Vergütungs-, Verzugszins und Steuerbezug Seite 3

keine Wortmeldung

§ 7 gestrichen Seite 4

keine Wortmeldung

§ 8 gestrichen Seite 4

keine Wortmeldung

§ 9 Aufhebung bisherigen Rechts Seite 4

keine Wortmeldung

§ 10 Inkrafttreten Seite 4

keine Wortmeldung

Mehmet Can, Präsident: Somit sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend ist auch die 1. Lesung abgeschlossen. Allfällige Abstimmungen, bzw. Abstimmungen über allfällige Anträge der Kommission für Sicherheit und Dienste gemäss Bericht, erfolgen erst im Anschluss an die 2. Lesung. Wir kommen zu Traktandum.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderats vom 20.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 14.1.2026, betreffend Quartierplan Weiherweg, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4795 / A

Mehmet Can, Präsident: Ich weise darauf hin, dass es sich um die 1. Lesung des Quartierreglements und Quartierplans handelt. Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Entsprechend sieht die Reihenfolge wie folgt aus: Ausführungen hat KBU-Präsident, Matthias Häuptli, anschliessend Gemeindepräsident Franz Vogt, und dann kommen wir zur allgemeinen Beratung. Herr Matthias Häuptli, Sie haben das Wort!

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Worum geht es bei diesem Quartierplan? Das Areal an der Binningerstrasse und am Weiherweg umfasst ungefähr 9000 m² und ist heute mit Bauten aus den 1960er-Jahren belegt: zwei Hochhäusern, Ladenbauten und einem Kindergarten, der von der Gemeinde genutzt wird. Man hat umfassende Voruntersuchungen angestellt, weil Sanierungsbedarf besteht. Es hat sich gezeigt, dass die bestehende Substanz weder wirtschaftlich noch energetisch sinnvoll saniert werden kann. Deshalb hat die Eigentümerschaft den Quartierplan angerissen, welcher jetzt vorliegt. Das Projekt verfolgt das Ziel der inneren Verdichtung. Die Ausnutzung steigt, die Wohnkapazität wird auf ungefähr 340 Personen erhöht. Städtebaulich gibt es ein Hochhaus mit 19 Stockwerken im Baubereich F. Dies ist eine Art Auftakt und Tor zu Allschwil, und wird durch weitere Baukörper ergänzt, die in der Höhe gestaffelt sind.

Gleichzeitig, und dies war der Kommission auch wichtig zu diesem Projekt zu bemerken, werden hohe ökologische Standards gesetzt. Das Projekt strebt eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbarer Energie für Wärme und Warmwasser an. Davon müssen 80 % verpflichtend erreicht werden. Auch das Verkehrsaufkommen sollte trotz der räumlichen Verdichtung stabil bleiben, indem die Parkplätze bei maximal 105 gedeckelt werden. Die bisherigen Abstellplätze werden also nicht erweitert. Und jene, die jetzt noch oberirdisch vorhanden sind, verschwinden dann unter den Boden.

Die Kommission hat sich mehrheitlich hinter die Stossrichtung des Gemeinderats gestellt und noch ein paar kleinere Änderungen vorgenommen, die mit unserem Bericht beantragt werden.

Ein Punkt betrifft, das ist wirklich eine kleinere Sache, die gastronomische Nutzung, die im Erdgeschoss möglich sein soll. Im Antrag des Gemeinderats ist vorgesehen, dass es auf ein Café oder Tea-Room beschränkt wird. Die Kommission hat Bedenken, dass es wahrscheinlich etwas ins Leere läuft, weil sich eher schwieriger ein Betreiber finden lässt, wenn man es derart einschränkt. Für eine solche Einschränkung besteht nach Ansicht der Kommission kein Grund. Deshalb sollen dort einfach generell gastronomische Nutzungen zulässig sein, aber nicht verkehrsentensive Gastronomiebetriebe, z. B. soll ein Lieferdienst oder sogar ein Drive-Thru dort nicht möglich sein.

Des Weiteren wurde auch dazu wieder der Punkt Anwohnerparkkarten diskutiert. Es ist eine *autoarme* Überbauung, welche die Normwerte für die Anzahl Abstellplätze, also Parkplätze, deutlich unterschreitet. Damit die Ziele des *autoarmen Wohnens* auch tatsächlich erreicht werden können, und die Bewohner nicht einfach ihre Fahrzeuge an einem anderen Ort auf der Allmend parkieren, was zu Suchverkehr führt und die Anwohner oder die angrenzenden Anwohner dann beeinträchtigt, wird hier wiederum beantragt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner und Betreiber innerhalb des Quartierplanareals keinen Anspruch auf Dauerparkkarten, also auf Anwohnerparkkarten, haben.

Weiter wurde diskutiert – und dazu finden Sie einen Minderheitsbericht in einem separaten Abschnitt des Kommissionsberichts – ob die Verdichtung dort in dieser Form, wie sie nun vorgesehen ist, nicht zu weit geht. Es wurde ein Rückweisungsantrag gestellt, der bei 2 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung mit Stichentscheid vom Präsidium abgelehnt wurde. Deshalb liegt Ihnen dieser als Minderheitsantrag vor.

Die Kommissionsminderheit kritisierte einerseits, dass die Zweckbindung der Mehrwertabgabe nicht explizit noch festgehalten oder nicht weiter eingeschränkt wird, dass nur ein Quartierausbau angewandt werden kann, also ausgegeben wird. Es ist allerdings so, dass sich die Gemeinde gegenüber der Bauherrschaft im Quartierplanvertrag verpflichten wird, die Erträge aus der Abgabe vorrangig in diesem Gebiet auszugeben. Kritisiert wurde eine Unterversorgung an Spielflächen im Quartier und dass kein grosser, öffentlich gesicherter Spielplatz auf dem Areal garantiert wird.

Ein gewichtiger Kritikpunkt war auch die Platzierung vor allem des Baubereichs D. Dieser bildet entlang des Weiherwegs sozusagen einen Riegel. Dazu wurde diskutiert, ob man ihn anders platzieren könnte oder halt ganz darauf zu verzichten oder ihn niedriger zu bauen. Die Minderheit schlägt vor, dass man dafür die Nutzungen bei den anderen Bereichen aufstocken würde. Dies sind Anträge der Minderheit, welche Sie auch im Bericht sehen.

Mehrheitlich, wie erwähnt, beantragt Ihnen die Kommission, diesem QP mit den Anträgen, die im Bericht stehen, zuzustimmen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Der Kommissionspräsident hat die Rahmenbedingungen bereits erläutert. Nun versuche ich, es nicht im Doppelten zu sagen. Jawohl, es handelt sich um ein Areal mit Quartierplanpflicht, weil dort bereits eine Gesamtüberbauung steht. Die städtische Qualität wurde mittels einer Planungsstudie sichergestellt. Dies hat dann in vielen Schritten hin und her zu dieser doch austarierten Lösung geführt. Der Quartierplan Weiherweg sieht vier Bereiche für Hauptbauten vor. Da ist vielleicht auch zu sagen: Sie sehen jetzt auf diesem Plan natürlich relativ gross aus, weil es Bereiche sind, in denen man bauen kann. Die Bauten werden aber in Tat und Wahrheit kleiner, müssen sich aber innerhalb dieser vier Bereiche bewegen.

Wie der Kommissionspräsident erwähnte, wäre eines dieser vier Bauten ein Hochhaus. Die Hauptnutzung in allen vier Bauten wäre das Wohnen. Entlang der Binningerstrasse sollen Erdgeschossnutzungen durch Gewerbe wie z. B. ein Café, so wie es im Gemeinderatsbericht steht, erfolgen. Auch mässig störende Betriebe sind aber möglich. In diesem Bereich würde die Lärmstufe III gelten. Ansonsten Lärmstufe II. Im hinteren Baufeld soll u. a. auch ein Doppelkindergarten Platz finden können.

Zu den Aussenräumen: Es sollen drei Bereiche mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen, auch für öffentliche Nutzungen. Viel Grünanteil, viele Bäume und mindestens 30 % der Gesamtfläche werden nicht unterkellert. Die Gebäude am Weiherweg werden deutlich weiter als die Baulinie zurückgesetzt, als es in einer Regelbauweise verlangt wäre. So entsteht Platz für eine Allee, und auch auf der Herrenweg-Seite wird nämlich die Parzelle des Kantons einbezogen. Diese ist auf dem Quartierplan weiss, wird aber tatsächlich heute auch grün genutzt. Dazu gibt es einen Vertrag mit dem Kanton, dass es auch so bleiben kann. So entsteht ein attraktiver Grünraum, der auch wie ein grüner Korridor wirken wird. Wichtig ist auch, dass alle Freiräume öffentlich zugänglich sein werden.

Zur Mobilität: Aufgrund der Lage eignet sich das Areal hervorragend zur Parkplatzreduktion. So sollen nur sieben neue Parkplätze entstehen, und alle heute teilweise oberirdischen sollen unter den Boden zustehen kommen. Die Einfahrt verbleibt an demselben Ort wie heute, sie bleibt damit auch quartierverträglich. Zusätzlich entstehen 450 Veloparkplätze und 15 Parkplätze für Sondervelos. Auch entstehen 4 Parkplätze für Carsharing.

Für die Energieversorgung haben wir ein zukunftsgerichtetes Konzept. Hauptsächlich soll Erdwärme genutzt werden, aber auch Fotovoltaikanlagen. Im Betrieb sollen die Gebäude kein CO₂ verbrauchen, oder, besser gesagt, CO₂-neutral sein. Im Sommer wird auch Wärme in den Boden zurückgeführt. Alles in allem ist es ein austariertes Konzept, welches in vielen Arbeitsschritten übrigens auch durch die kantonale Arealbaukommission optimiert wurde.

Ich komme noch zu den Anträgen der KBU, die, wie es der Kommissionspräsident ausführte, die Gastronomie zulassen würde, jedoch ohne verkehrsentensive Gastrobetriebe. Dies kann sich der Gemeinderat vorstellen. Auch dafür, dass die Besucherparkplätze jederzeit öffentlich zugänglich sein müssen, sieht der Gemeinderat keine Probleme. Dass die Bewohner und die Beschäftigten keinen Anspruch auf Dauerparkkarten haben, kann in Zukunft auch Nachteile haben, dass bei künftigen Überbauungen weniger Parkplätze reduziert werden, dann, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es nachher keine Parkkarten gibt. Davon rät der Gemeinderat ab und gibt auch zu bedenken, dass man

ein Mobilitätskonzept macht, welches eingehalten werden muss, und dann auch interveniert werden könnte.

Noch zum Minderheitsantrag, das Gebäude D zu streichen, deutlich niedriger oder quer zu stellen: Auch davon rät der Gemeinderat ab, denn der Geschossflächenverlust kann nicht in den anderen Gebäuden ausgeglichen werden, da es ansonsten Probleme mit dem Schattenwurf geben würde. Davon rät der Gemeinderat ab. Auch vom Querstellen. Dies wäre aus unserer Sicht kontraproduktiv, da der Grünraum, der ja eigentlich entlang des Herrenwegs und des Weiherwegs entstehen soll, eigentlich die Hauptadresse sein soll. Wenn Sie sich vorstellen, dort werden doch hohe Bäume stehen, welche das Gebäude dahinter dann eigentlich teilweise verdecken. Vor allem wird man die Bäume wahrnehmen und nicht das Gebäude dahinter.

Dass ein Teil des Infrastrukturbetrags im Quartier investiert und auch ein Teil der Parzellen durch die Gemeinde gekauft werden soll, halten wir nicht für sinnvoll. Einen Spielplatz aus dem Infrastrukturbeitrag zu finanzieren, weil ein Spielplatzkonzept fehle, wie es der Minderheitsantrag zeigt, kann man allenfalls überprüfen. Dies wären meine Ausführungen.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank, Herr Vogt. Wir kommen zur allgemeinen Beratung. Entsprechend bitte ich den 1. Vizepräsidenten, Tim Söllick, durch das Gespräch zu führen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Gibt es Wortmeldungen? Lucca Schulz, bitte!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich muss vorausschicken, dass unsere beiden Fraktionsmitglieder, die sich damit beschäftigt haben, gesundheitsbedingt abwesend sind, und ich deshalb nicht umfassend Auskunft geben kann. Trotzdem kann ich Ihnen die Fraktionshaltung mitteilen. Wir haben es an der Fraktionssitzung sehr ausgiebig diskutiert. Wir haben auch die Bedenken des Minderheitsberichts und auch Bedenken der Anwohnerschaft, die sich in diversen Mitwirkungseingaben äusserte, berücksichtigt und ernst genommen. Aus unserer Sicht steht dieses Projekt tatsächlich etwas auf der Kippe. Es sind zum einen das Vorbringen, wie bereits im Minderheitsbericht eingegangen. Zum anderen sehen wir aber auch ein grosses Problem, dass das Quartier, wie es jetzt im Moment ist, sehr viel günstigen Wohnraum zur Verfügung stellt, und zu befürchten ist, dass das nicht mehr der Fall sein wird, wenn diese Überbauung auf diese Weise stattfinden kann. Sie wissen alle, Wohnen ist ein Grundrecht, und günstiges Wohnen ist ein extrem grosses Anliegen der Bevölkerung, dies zeigen jegliche Umfragen. Wir laufen aus unserer Sicht in Allschwil Gefahr, dass wir mit diesem Quartierplan jetzt günstigen Wohnraum abschaffen und teuren Wohnraum hinstellen. Das hätte die Auswirkung eigentlich auf das ganze Gemeindegebiet, in welchem dann der Mietspiegel steigen würde.

Dem müsste man aus unserer Sicht deshalb zwingend entgegenwirken, dass wir dafür sorgen, dass, wenn der neue Quartierplan kommt, er auch günstiges Wohnen vorsieht. Das ist für uns beinahe zwingend, damit wir ihm zustimmen können. Wie kommen wir zu diesem Ziel? Wir haben uns im Moment Folgendes überlegt: Wir würden zum einen das Quartierplanreglement ergänzen. Gegenwärtig steht in Art. 1, Ziele und Geltungsbereich: *«Mit diesem Quartierplan werden im Wesentlichen folgende Ziele verfolgt:»*. Darauf folgt die Auflistung der Ziele. Wir würden unter Art. 1 Abs. 1 einen neuen Buchstaben (f) einführen, unser neues Ziel, welches wir im Reglement verankern möchten: *«f) Erhalt und Schaffen eines preisgünstigen und familienfreundlichen Angebots an Mietwohnungen»*. Einen solchen Passus gibt es übrigens auch in anderen Quartierplänen im Kanton Basel-Landschaft. Wir wären überhaupt nicht die einzigen und nicht die ersten, die es festhalten würden. Rechtlich hält es absolut stand.

Weil aber eine solche Zweckbestimmung im Reglement für sich noch keine Änderung bringt, möchten wir in einem zweiten Antrag, im Sachantrag zum ganzen Geschäft, den Gemeinderat noch einmal explizit dazu auffordern, im Quartierplanvertrag, denn nur im Quartierplanvertrag kann unserer Meinung nach lediglich der Gemeinderat Einfluss auf die Gestaltung der Mietwohnungen nehmen, den Antrag stellen: *"Der Gemeinderat wird verpflichtet, den Quartierplanvertrag im Sinne des Zieles von Art. 1 Abs. 1 lit. f, zu ergänzen. Beispielsweise durch die Verankerung des Prinzips der Kostenmiete für einen Teil der neuen Wohnungen."* Das Prinzip der Kostenmiete ist Ihnen wohl bekannt. Es ist eine Wohnform oder eine Mietform, bei der es nicht um Rendite geht, ganz vereinfacht gesagt. Es ist natürlich komplizierter, aber das reicht.

Was wir damit bezwecken wollen: Wir möchten, dass die angebotenen oder mindestens ein Teil des neuen Wohnraums explizit tiefer ist als marktüblich. Dadurch wollen wir erreichen, dass zum einen

Wohnraum für Leute, die bereits jetzt dort wohnen, zur Verfügung steht, aber auch für andere Personen. Wir wollen auf jeden Fall verhindern, dass nun durch einen neuen Quartierplan und eine neue Überbauung der Mietspiegel, also der durchschnittliche Mietzins, steigen würde. Dies sind unsere Anliegen. Ich hoffe, wir finden hier eine Mehrheit. Ich denke, es sind Anliegen, die breit geteilt werden, hinter die sich viele stellen können. Wenn man hier mit uns zusammenarbeiten kann, dann könnten wir uns vorstellen, noch zu einer Lösung zu kommen. Falls man allerdings nichts für günstigen Wohnraum herausholen könnte, werden wir uns vorbehalten, den neuen Quartierplan auch abzulehnen und ihn zu bekämpfen. Besten Dank.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Grundsätzlich können wir mit diesem Quartierplan, so, wie er heute vorliegt, leben. Unsere Fraktion unterstützt aber die Anträge der KBU, da wir sie als sinnvoll und zielführend erachten und sie zu einer Verbesserung führen. Des Weiteren haben wir bekanntlich schon einen zusätzlichen Antrag von bürgerlicher Seite eingegeben, weil wir meinen, es benötigt trotzdem, wenn wir schon für die Reduktion der Parkplätze Hand bieten, aus unserer Sicht trotzdem oberirdisch eine gewisse Anzahl Parkplätze für den Umschlag von Gütern und Personen. Es kann nicht sein, dass man eine so grosse Überbauung mit Gewerbefläche und Kindergarten und Gastronomiebetrieben hinstellt, und man keine Möglichkeit hat, um Güter umzuschlagen. Wir erachten das nicht als sinnvoll. Die Leute werden gleichwohl kommen und sie werden das Auto einfach so hinstellen, wie es gerade passt. Dies ist der Sicherheit bestimmt nicht dienlich. Zudem kann man sehr wohl sagen: Wir möchten Gastronomieunternehmen, die vielleicht nicht verkehrsintensiv sind, also sprich, wie wir nun bereits zweimal gehört haben, die keinen Lieferdienst haben können. Dies hindert aber nicht daran, dass Unternehmen ihre Produkte über einen Lieferdienst anbieten. Wir wissen heute genau, wie viele externe Lieferdienste es gibt, die das Zeug dann gleichwohl dort abholen. Wir müssen eine Möglichkeit schaffen, damit der Waren- und Personenumschlag vonstattengehen kann. Deshalb haben wir diesen Antrag geschrieben. Soweit unsere Einschätzung zum Ganzen. Danke.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Simon Trinkler!

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen, sehr geehrte Anwesende. Zuerst möchten wir der Verwaltung für die wertvolle Arbeit im Zusammenhang mit diesem QP danken. Ganz kurz: Unsere Fraktion positioniert sich folgendermassen. Zuerst einmal: Die ökologischen Aspekte dieses QP sind ausgezeichnet, und wir möchten dies entsprechend würdigen. Bei der gastronomischen Nutzung stehen wir eigentlich grundsätzlich hinter der Kommissionsmeinung. Der wichtige Punkt aber ist: Hinter dem KBU-Antrag ist die Fraktion nicht unbedingt geschlossen, es gibt durchaus Sympathien für den Minderheitsantrag der Kommission auf Rückweisung. Speziell danken möchte ich hier auch mal unserem Kommissionspräsidenten für die sehr umsichtige Berichtserstellung und die hervorragende Leitung. Danke vielmals.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Nicc Jonasch!

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wir von der FDP-Fraktion stehen hinter dem Kommissionsbericht, dem Quartierplan. Wir können damit leben, so wie er steht, so, wie es auch Florian Spiegel bereits erwähnte. Wir werden den Antrag der SVP auf Aussenparkplätze selbstverständlich unterstützen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratsmitglieder. Wir von der Mitte-Fraktion haben diesen Quartierplan noch nicht abschliessend besprochen. Aber grundsätzlich unterstützen wir ihn auch. Wir danken auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese Arbeit. Ich kann mir vorstellen, dass wir den Antrag von Florian Spiegel auf Aussenparkplätze unterstützen würden. Denn auch ich bin überzeugt: So ganz ohne oder mit nur ganz wenigen Aussenparkplätzen wird der Quartierplan so nicht funktionieren. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Mehmet Can, Präsident: Herr Franz Vogt, wollten Sie noch etwas dazu sagen oder später?

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Ja, gerne. Ich hätte gerne ein paar Antworten auf den Antrag gegeben, z. B. betreffend günstigen Wohnraum. Man muss einfach sehen, dass natürlich, wenn die Wohnungen mal totalsaniert werden müssen, sie dann halt auch ein Stück teurer werden. Ich möchte davor warnen, zum jetzigen Zeitpunkt zu stark in den Wohnungsmix eingreifen zu wollen. Ich denke, es ist eine Gesamtüberlegung, die doch recht austariert ist, und sicher nicht überrissene Wohnungszinsen generieren wird. Klar, es werden nicht die Mieten sein, die wir doch noch in sehr vielen Wohnungen in Allschwil haben, die aus den 60er- und 70er-Jahren stammen. Ganz gratis ist dann der heutige Wohnungsstandard halt auch nicht. Der Gemeinderat rät davon ab, solche Passus in ein Quartierplanreglement und dann auch in den Vertrag zu nehmen. Nicht zu vergessen: Es würde bestimmt auch zulasten des Infrastrukturbeitrags gehen, wenn wir gewaltige Einschränkungen vorgeben.

Zum Antrag Parkplätze oberirdisch sind wir der Meinung, dass man nicht vergessen darf, es gibt, wie man weiss, auch unterirdische Besucherparkplätze. Diese werden auf diese Weise organisiert sein müssen, damit man zufahren kann und dass, ja, auch jeder Besucher zufahren kann. Für Besucherparkplätze darf es dann ja keinen Schlüssel erfordern. Wir meinen, dass es machbar ist, dass es die Parkplätze oben nicht unbedingt benötigt, denn gäbe es zusätzliche Parkplätze, gingen sie dann nämlich wieder zulasten der Grünfläche. Dies zu den zwei Anträgen.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank, Herr Vogt. Bevor wir nun zur 1. Lesung des Quartierplanreglements und des Quartierplans kommen, möchte ich den Rat gerne anfragen, ob artikel- oder abschnittsweise Beratung des Gemeinderatsberichts erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir direkt zur Beratung des Quartierplanreglements über, zur **1. Lesung**. Ich bitte den 2. Vizepräsidenten, die Artikel aufzurufen, und den 1. Vizepräsidenten um Wortmeldungen.

Quartierplanreglement

ERLASS Seite 1

keine Wortmeldung

1. Ziele und Geltungsbereich Seite 2

keine Wortmeldung

2. Nutzung Seite 3

keine Wortmeldung

3. Bauten und Anlagen Seite 5

keine Wortmeldung

4. Gestaltung der Bauten und Anlagen Seite 8

keine Wortmeldung

5. Umgebungsfläche Seite 10

keine Wortmeldung

6. Mobilität und Nachhaltigkeit Seite 14

keine Wortmeldung

7. Schlussbestimmungen Seite 16

keine Wortmeldung

BESCHLÜSSE Seite 17

keine Wortmeldung

Mehmet Can, Präsident: Entsprechend liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit stelle ich fest, dass die 1. Lesung abgeschlossen ist. Abstimmungen über Anträge der Kommission für Bauwesen und Umwelt gemäss Bericht erfolgen erst im Anschluss an die 2. Lesung.

Ich würde vorschlagen, dass wir 15 Minuten pausieren, und wir sehen uns wieder um zehn vor acht Uhr. Danke.

PAUSE

Mehmet Can, Präsident: Geschätzte Damen und Herren. Wir haben jetzt als Erstes das

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Wem von den Damen oder Herren des Gemeinderats darf ich das Wort geben? Es ist nichts vorhanden.

Okay, dann fahren wir gleich weiter. Herr Niggi Morat, Sie haben etwas?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ja, besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Entschuldigung, dass ich jetzt wie die alte Fasnacht hinterherkomme. Ich würde dem Rat gerne schmackhaft machen, das Traktandum 6 von der Traktandenliste zu nehmen. Es ist eine Interpellation von Noëmi Feitsma. Sie ist sehr kurzfristig krank geworden und konnte uns in der Fraktion nicht mehr aufdatieren, was dazu erläutert werden soll. Ich **beantrage**, dass wir **Traktandum 6 absetzen** und auf eine spätere Einwohnerratssitzung verschieben. Nach § 68 Geschäftsreglement, benötigt es nun eine 2/3-Mehrheit. Das wäre mein Antrag. Danke.

Mehmet Can, Präsident: Entsprechend stimmen wir sogleich ab. Wer für den Antrag ist, soll bitte jetzt mit dem Stimmzettel abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Somit haben Sie diesen **Antrag angenommen** und das **Traktandum 6 abgesetzt**. Besten Dank.

Wir kommen zu unserem nächsten Traktandum.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Zwischenbericht des Gemeinderats vom 14.1.2026, zur Motion der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 5.4.2025, betreffend Stabilisierung der Finanzen
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4783 / A

Mehmet Can, Präsident: Ist Eintreten bestritten? Nein! Herr Vogt, darf ich Ihnen sogleich das Wort geben?

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frauen Einwohnerinnen und Herren Einwohnerräte. Ich darf Ihnen einen Zwischenbericht über die dringliche Motion, die überwiesen wurde, über die Stabilisierung der Finanzen, geben. Die Ausgangslage ist die, wie Sie wissen, dass das Ausgabenwachstum ungebremst weitergeht, und wir dies bis jetzt immer durch höhere Steuereinnahmen kompensieren konnten. Damit wir nun vorbeugen können und nicht später ein böses Erwachen haben, möchten wir diese Abklärungen vornehmen, die jetzt laufen. Inhaltlich haben Sie im Bericht gesehen, wie wir vorgehen, wie wir organisiert sind. Dazu haben wir auch ein externes Beratungsunternehmen, BDO, beigezogen, welches uns fachlich unterstützt. Was ich im Besonderen erwähnen möchte, ist, dass wir es auch in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der FIREKO machen, wodurch wir sicherstellen, dass wir nahe an den Zielen vorbeigehen, welche die FIREKO in ihrer Motion stellten.

Man kann sagen, dass wir eigentlich mehr oder weniger drei Hauptpunkte untersuchen. Nämlich, dass wir die Effizienz von gebundenen Ausgaben analysieren wollen, und wir zweitens eine Vollkostenrechnung von teilweisen Leistungen, die ungebunden sind, machen wollen, um zu überprüfen, was uns diese Leistungen tatsächlich kosten. Als Drittes möchten wir auch mögliche Ertragsquellen herausfinden, die man in Allschwil noch erschliessen könnte. Wenn wir nun die Arbeiten weiterführen – und da bin ich guter Dinge, dass es bald im laufenden Jahr abgeschlossen werden kann, wie es auch im Bericht im Zeitplan dargestellt ist –, würden wir Ihnen aber in der Zwischenzeit keinen Zwischenbericht mehr vorlegen, sondern Ihnen nach Abschluss dieser Arbeiten die Resultate vorlegen. Der Gemeinderat hat mich gebeten, darauf hinzuweisen, dass auf keinen Fall irgendwelche Massnahmen schon ausgelöst werden würden. Nein, das ist nicht der Fall, sondern wir möchten nur die Handlungsfelder aufzeigen und Ihnen dann im Schlussbericht vorlegen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Jetzt würden wir zur allgemeinen Beratung kommen. Dazu bitte ich den 1. Vizepräsidenten, das Gespräch zu führen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank an dieser Stelle zuerst einmal für diesen Zwischenbericht. Es sind aber bei mir doch einige Fragen aufgetaucht. Ich erinnere mich noch an die Überweisung dieser Motion, welche die FIREKO machte. Wenn ich nun den Zwischenbericht anschau, habe ich das Gefühl, es wurde ein recht grosser Apparat mit dem Steuerungsausschuss, eigentlich mit dem Ganzen ... – wie man es einfach so aus anderen Sachen kennt – aufgebaut. Dazu gibt es meine Frage: Was nun genau ist es, was auf die Mitarbeiter zukam, oder steht es in einem adäquaten Verhältnis? Oder wie wird es beurteilt? Denn ich glaube, die Idee dahinter ist richtig und es ist gut, dass man es analysiert. Aber ich glaube, es wäre nun wiederum falsch, wenn man einen riesigen Apparat aufbaut, um es zu kontrollieren und zu analysieren.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robert Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke schön. Vielen Dank für diese Zusatzfrage. Es ist in der Tat so, dass wir aus der Verwaltung verschiedentlich Meldungen erhielten, weil man befürchtet, dass ein grosser Aufwand herbeigebracht werden muss, um die Abklärungen eigentlich mit inhaltlichen Informationen zu füttern. Dadurch haben wir im Steuerungsausschuss beschlossen, dass wir Ende Februar eine Kommunikation an alle Mitarbeiter veranlassen und zudem auch in der Primarschule und in der Musikschule noch darüber informieren werden, dass Informationen in einem bescheidenen Umfang eben nur punktuell abgefragt werden sollen, die man nebst der gewöhnlichen Arbeit erledigen kann. Die Hauptarbeit hingegen wird von der BDO, dem externen Unternehmen, mit der Aufarbeitung der Daten und auch mit der Zusammenfassung zuhanden des Steuerungsgremiums geliefert. Deshalb kann ich an dieser Stelle bereits erwähnen: Es wird nicht über Gebühr, dass die Mitarbeiter mit Abfragen belastet werden, sondern es sind kurze, punktuelle Interviews geplant, die dann, wie zuvor erwähnt, in den Bericht einfliessen, den wir Ihnen vorstellen werden.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich habe eine Verfahrensfrage. Ich habe 2022 ein Postulat eingereicht, das in eine ähnliche Richtung zielte, wie jetzt diese Stabilisierungsmotion. Es hiess: "*Umstellen, bevor allzu vieles nicht mehr geht.*" Was hält der Gemeinderat von der Idee, dass er dieses Postulat zusammen mit dem Schlussbericht zu dieser Motion beantwortet?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robert Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke schön, für diese Zusatzfrage. Wir werden uns allerdings nun nicht in der Stossrichtung ändern, sondern halten im Moment am Auftrag der Motion fest. Da bin ich auch gebunden, und da hat mich der Gemeinderat nun einfach aufgefordert, dran zu bleiben, und nicht noch weitere Abklärungen vorzunehmen. Deswegen müsstest du schon mit einem separaten Vorstoss kommen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Ich habe den Verdacht, dass ich nicht richtig verstanden wurde. Ich muss nicht noch einmal einen Vorstoss machen, den Vorstoss habe ich 2022 gemacht.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robert Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank, Ueli Keller. Ich werde dem nachgehen, ob da noch eine Pendeuz besteht. Selbstverständlich, wenn es eine gibt, würden wir diese erledigen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Die Rednerliste ist erschöpft.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Entsprechend kommen wir zu den **Anträgen des Gemeinderats**.

*Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
Der Einwohnerrat nimmt den Zwischenbericht, Motion betreffend Stabilisierung der Finanzen,
Geschäft 4783 A, zur Kenntnis.*

Wer diesem Antrag folgen kann, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://

Sie haben dieses **Geschäft** mit 29 Ja, 0 Nein und 1 Enthaltung **angenommen**.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://

Sie haben das **Geschäft** mit 29 Ja, 0 Nein und 1 Enthaltung **abgeschlossen**.

Traktandum 6 wurde abgesetzt. Wir kommen gleich zu Traktandum 7.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 12.8.2025, betreffend
Kürzungen im Jugend + Sport
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4796 / A

Mehmet Can, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist entsprechend: zuerst der Interpellant, Lucca Schulz, danach Gemeinderätin Biljana Grasarevic. Erst einmal die Anfrage: Herr Lucca Schulz, sind Sie mit der Antwort so zufrieden?

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrte Anwesende. Ja, ich bin mit der Antwort zufrieden. Man muss auch keine grosse Diskussion führen. Ich möchte festhalten, dass sich der Gegenstand der Interpellation zum Glück erledigt hat. Denn der Bund nahm die sehr kritisch zu beurteilenden Sparmassnahmen bekanntlich in diesem Bereich immerhin zurück. Ich denke, der Mehrwert der Interpellation im jetzigen Moment ist noch, dass sich der Gemeinderat festgelegt hat, dass er sich hätte vorstellen können, die Vereine übergangsweise zu unterstützen, falls die J+S-Beiträge wegfallen. Ich denke, dass

sich der Gemeinderat auch für die Zukunft auf diese Zusage behaften lassen muss. Falls ein solcher Fall wieder eintreten würde, bin ich der Meinung, dass der Gemeinderat erneut darauf zurückkommen und in einem solchen Fall die J+S-Vereine unterstützen müsste. Da dies aber hoffentlich vorerst nicht absehbar ist, ist die Angelegenheit hiermit für mich beendet. Ich bedanke mich für die Beantwortung der Interpellation.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Entsprechend: Gibt es aus der Rednerliste Bedarf? Nicht! Entsprechend gilt die **Interpellation** als **erfüllt**. Es gibt keine Abstimmung. Danke schön.

Wir kommen jetzt zu Traktandum Nr. 8, 4805. Ich möchte dieses Geschäft an meinen 1. Vizepräsidenten abtreten, da ich selbst vom Traktandum betroffen bin. Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich habe eine Verfahrensfrage, ich muss noch einmal nachfragen: Wir haben zuvor darüber abgestimmt, ob wir das Geschäft über die Motion der FIREKO abschliessen. Ich finde das sehr seltsam, deshalb habe ich mich enthalten. Jetzt überlege ich noch einmal: Wie können wir dieses Geschäft überhaupt abschliessen? Wir haben doch erst einen Zwischenbericht erhalten. Ich nehme nun mal an, die Abstimmung hier zielte nur darauf ab, dass wir diesen Zwischenbericht annehmen, wie er ist. Und that's it. Das Geschäft selbst ist nach wie vor offen. Können wir diese Bestätigung wenigstens im Protokoll haben, damit wir es sicher haben?

Mehmet Can, Präsident: Selbstverständlich. Einen kurzen Moment, wir beraten uns mal kurz. – Herr Mark Aellen, genau aufgepasst! Das stimmt. Entsprechend fürs Protokoll: Es darf nicht als Ganzes abgeschlossen werden. Danke schön.

Dürfen wir um ein 5-minütiges Time-out bitten, und die Fraktionssprecher zu mir bitten, damit wir das weitere Vorgehen besprechen können, insbesondere wie wir bei den Geschäften vorgehen, zu denen die Gemeinderäte nicht anwesend sind, dass wir das kurz besprechen? Danke schön.

TIME-OUT

Mehmet Can, Präsident: So, jetzt kommen wir zurück. In Absprache mit den Fraktionspräsidenten sind wir zum Schluss gekommen, dass die Geschäfte 8 und 10, gleich in einem Zug auf die nächste Sitzung verschoben werden. Das dürfte März werden, weil es unfair ist, Geschäfte durchzubringen, wenn der geschäftsvertretende Gemeinderat nicht anwesend ist. Herr Mark Aellen, wollen Sie etwas dazu sagen?

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ja. Nach meinem Kenntnisstand, darf man Traktanden nur mit einem 2/3-Mehr der Leute genehmigen, sprich: Ihr könnt es nicht entscheiden. Ihr könnt es vorschlagen.

Mehmet Can, Präsident: So ist es. Und jetzt eben, vielleicht darf ich auch gleich den Antrag stellen, dass man zu 2/3 darüber abstimmt. Wer für den **Antrag** ist, dass man **Geschäft 8 und 10** auf die Sitzung vom März **verschiebt**, soll doch bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Somit ist dieser **Antrag einstimmig angenommen**.

Noch einmal fürs Protokoll: Traktandum 8 und 10 werden auf die Sitzung im März verschoben. Besten Dank.

Entsprechend kommen wir direkt zu Traktandum 9.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 9

Interpellation von Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion, vom 3.11.2025, betreffend Tagesstrukturplätze
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4808 / A

Mehmet Can, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht wie folgt aus: Zuerst die Interpellantin, Romina Stefanizzi, anschliessend Gemeinderätin, Silvia Stucki. Somit frage ich die Interpellantin an, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich danke für die Antworten. Im Grossen und Ganzen bin ich einverstanden, aber respektive sehe ich, dass wir wirklich einen Zielkonflikt haben. Was mich am meisten stört, ist aber bei Frage 2, bei der man es offenbar sagt. Meine Frage war: «*Wie kann eine frühzeitigere Vergabe der Plätze umgesetzt werden?*» Als Antwort gibt man zu dieser Frage einen Zielkonflikt zwischen Zeitpunkt der Ausgabe der Stundenpläne und der Wünsche der Eltern an. Aber genau das ist das Thema. Ich weiss nun weiterhin nicht, wie man oder welche Lösung man da hätte vorschlagen können oder vorschlagen würde. Danke vielmals.

Mehmet Can, Präsident: Frau Gemeinderätin Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Mitglieder, liebe Anwesende. Vielen Dank auch für diese Ausführung. Ich danke im Namen des Gemeinderats Romina Stefanizzi für die Einreichung dieser Interpellation, Geschäft 4808 / A. Es ist, wie Sie der Interpellationsantwort entnehmen können, dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass er anerkennt, dass die Vereinbarung von Beruf und Familie eine grosse Herausforderung ist. Wie ich auch schon bei der Beantwortung der Interpellation «Tagesstrukturen Primarschule in Allschwil», Geschäft 4775 / A, ausgeführt habe, hat der Gemeinderat eine externe Analyse zur schulergänzenden Betreuung an allen vier Schulstandorten in Auftrag gegeben. Inzwischen liegen diese Bedarfsprognosen vor. Es werden entsprechend auch Räumlichkeiten sondiert, sodass voraussichtlich, allerdings sofern geeignete Räumlichkeiten gefunden werden, ab Schuljahr 27/28 für die Primarschulstandorte Dorf und Neuallschwil ebenfalls Tagesstrukturplätze angeboten werden können.

Nun zu dieser brisanten Frage 2, bei der ich sehr gut verstehen kann, dass die frühzeitige Vergabe der Betreuungsplätze eine grosse Herausforderung ist. Wir haben es beantwortet. Es besteht ein Zielkonflikt. Und zwar ist völlig klar: Die Eltern möchten aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit möglichst früh wissen, wie ihre Kinder Schule haben. Auf der anderen Seite haben wir eine Organisation Schule, die bekanntlich das Schuljahr und den Schulbetrieb organisieren können muss. Es freut mich allerdings sehr, dass ich Ihnen mitteilen kann, dass gestern auch der Schulrat darüber befunden hat. Gestern in der Schulratssitzung wurde nämlich beschlossen, dass die Schulhauszuteilung der Schülerinnen und Schüler der Kindergärten bzw. auch von der ersten Klasse den Erziehungsberechtigten bereits Mitte April bekannt gegeben werden. Somit werden gemäss der Schulleitung die Eltern informiert, an welchen Nachmittagen, also aufgrund der Zuteilung der Schulstandorte, ihre Kinder am Nachmittag Unterricht haben. Das betrifft die Kinder von der 1., also Erstklässlerinnen und Erstklässler und Kindergartenkinder. Ich habe zuvor auf der Homepage sogar gesehen, dass aufgeschaltet ist, welche Kinder von der 1. Klasse an welchem Standort wann Schule haben. Allerdings muss die Schulhauszuteilung abgewartet werden, und diese geht nicht früher als Mitte April. Aber immerhin wurde hier ein wenig optimiert.

In der Ihnen vorliegenden Antwort des Gemeinderats steht, dass er erst mit den Stundenplänen den Rest sagen kann. Dies betrifft die Kinder der 2. bis zur 6. Klasse. Wir gehen aber davon aus, oder der Schulrat hat immerhin versucht, diesem Anliegen damit entgegenzukommen.

Betreffend die Ferienangebote: Diese sind bereits heute während sechs Wochen pro Jahr vorhanden, könnten aber bei höherer oder steigender Nachfrage auch ausgebaut werden. Fragen zu dezentralen Standorten und Transportmöglichkeiten sind noch offen und müssen im Rahmen der Schulraumplanung geklärt werden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Rednerliste erschöpft.

Mehmet Can, Präsident: Somit gilt die Interpellation als erfüllt. Wie zuvor erwähnt, Traktandum 10 wird abgesetzt, bzw. auf März verschoben. Jetzt kommen wir zu Traktandum 11.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Lucca Schulz, SP, und Christian Jucker, GLP, vom 20.9.2025,
betreffend Informationen für potenzielle Einbürgerungen
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4803

Mehmet Can, Präsident: Ausführungen des Gemeindepräsidenten Franz Vogt. Herr Vogt, ich gebe Ihnen sogleich das Wort.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Besten Dank. Sehr geschätzter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Herren der Presse, Zuhörerinnen und Zuhörer. Sie konnten dem Beiblatt entnehmen, dass der Gemeinderat Ihnen eine Nichtentgegennahme empfiehlt. Wir sind dezidiert der Meinung, dass dies Sache der ...

Mehmet Can, Präsident: ... Entschuldigung, Herr Vogt – Herr Jucker ...

Franz Vogt, Gemeindepräsident: ... Bin ich falsch oder was?

Mehmet Can, Präsident: Herr Jucker? Es steht eigentlich „Entgegennahme“. Entsprechend müssen Sie nicht einmal viel dazu sagen, also. Sind Sie immer noch dafür? [*Stimmen im Hintergrund*] Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Also, jetzt einfach – der Gemeinderat hat gesagt «Entgegennahme», entsprechend wird das Postulat überwiesen, wenn nicht etwas geschieht. Also, ...

Mehmet Can, Präsident: ... So ist es. Wenn kein Gegenantrag vorliegt ...

Lucca Schulz, SP-Fraktion: ... jetzt fragt im Moment ... – Entschuldigung, Herr Vogt, aber da haben Sie jetzt keine Macht mehr darüber.

Mehmet Can, Präsident: Herr Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Ja, dann tut es mir leid, offenbar haben wir Entgegennahme beschlossen. Dann kann ich mir hier Ausführungen sparen. Doch besten Dank, ich entschuldige mich sehr.

Mehmet Can, Präsident: Herr Urs Poživil, Sie haben noch etwas?

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir waren nun etwas verwirrt von dem des Gemeinderats, oder? Aber wir haben eine eigene Meinung innerhalb unserer Fraktion. Wir halten es für wichtig, dass Leute auch wirklich genügend Informationen für eine Einbürgerung erhalten. Wir sind aber dennoch der Meinung, das ist Aufgabe der Bürgergemeinde. Da muss die Einwohnergemeinde eigentlich nicht reinreden. Also müsste jetzt eigentlich eine Bürgergemeinde einfach umgekehrt irgendwie auf die Einwohnergemeinde zugehen und sagen: Hey, wir wollen da wirklich etwas für jene mit einer C-Bewilligung machen, dass sie einfacher eingebürgert werden. Da müsste die Stossrichtung eigentlich von der Bürgergemeinde ausgehen. Ich hoffe nun schwer, dass vielleicht ein paar der Bürgergemeinde sehr aufmerksam dieses Protokoll hören oder anschauen und einfach sagen: Hey, doch, die haben doch wirklich recht, wir müssen da ein wenig mehr machen. Denn der Grundgedanke ist richtig. Und das ist auch gut, dass man es fördert und macht. Aber, es ist nicht die Aufgabe der Einwohnergemeinde.

Mehmet Can, Präsident: Herr Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich denke, ich möchte Urs für das Statement danken. Was wichtig ist: Es soll nicht um vereinfachte

Einbürgerungen gehen, sondern es soll ausschliesslich um Informationen gehen, dass Leute, die sich dafür qualifizieren, auch die entsprechenden Informationen erhalten. Wir sehen gegenwärtig ein gewisses Defizit seitens der Bürgergemeinde und möchten es mit diesem Postulat einfach anstossen. Da es ein Postulat ist, steht es nachher eigentlich offen, wer oder wie man es macht. Wir möchten einfach jetzt den Anstoss von der Einwohnergemeinde machen, weil wir das Defizit auf Bürgergemeindegeseite sehen. D. h., jetzt nicht, dass nun die Einwohnergemeinde es durchführen muss. Es ist auch nicht so geschrieben in der Beschreibung. Es steht: *"Zusammen mit der Integrationsstelle und der Bürgergemeinde etwas ausarbeiten, was die Situation verbessert"*. Insofern bitte ich Sie doch, dass wir dieses Postulat überweisen. Dann kann die Einwohnergemeinde es zusammen mit den beiden Stellen anschauen und mit einem Vorschlag kommen, was sinnvoll ist. Das wäre unser Vorschlag. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Romina Stefanizzi!

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Ich muss ehrlich sagen, für mich gehört die Einbürgerung als Teil des Prozesses dazu und somit auch, die ganzen Informationen einzuholen. Wenn ich eingebürgert werden will, dann liegt es doch an mir, mich dafür zu interessieren, mich zu informieren. Ich meine, dass man auf die Gemeinde gehen und dort eine Frage stellen kann, das ist das eine. Dass aber die Gemeinde schon etwas bereitlegen oder irgendwelche Informationsbroschüren, was auch immer, machen muss, finde ich nicht okay. Denn eben, noch einmal: Wenn man sich einbürgern lassen will, dann darf man sich auch prozessmässig dafür interessieren und informieren. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrte Anwesende. Das würde eigentlich durch dieses Postulat geändert werden. Wie erwähnt, wir sind auf einer sehr niedrigen Flughöhe. Es wäre ein Prüfen und Berichten. Worum es aber geht, ist, dass man es auch ein Stück weit weiterdenkt, weil es nicht nur das Interesse der Ausländerinnen und Ausländer ist, dass sie eingebürgert werden, sondern auch ein gewisses Interesse des Gemeinwesens besteht, dass sich Leute, die lange zugehörig sind, sich zugehörig fühlen, auch diesen Schritt gehen. Wie erwähnt, sie müssen dann immer noch selbst gehen. Es wird nichts automatisch getan. Es wird nichts vereinfacht. Es geht nur darum, dass man vielleicht Leute, die schon so lange hier sind, dass sie gar nicht mehr wissen, dass sie eigentlich keine Schweizer sind, mal mit einem Brief darauf hinweist, dass sie die Voraussetzungen erfüllen würden, dass sie dort hingehen könnten. Oder dass es zumindest einmal abgeklärt wird, wer das macht. Ob es die Bürgergemeinde macht oder die Einwohnergemeinde. Es geht nur darum.

Dazu meinen wir, meine ich zumindest schon, dass es ein Stück weit beidseitig ist. Wir sind ein Stück weit weg vom Verständnis, dass es nur einseitig ist. Dies spricht hier aus diesem Postulat. Abgesehen davon: Es braucht nun schon noch einen formellen Antrag auf Nichtentgegennahme. Sonst gilt das Postulat als überwiesen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, lieber Kolleginnen und Kollegen. In diesem Fall stelle ich den formellen **Antrag auf Nichtentgegennahme**.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und -kollegen. Die Voraussetzungen einer Einbürgerung kann man direkt aus dem Gesetz lesen. Die Gesetzessammlungen sind unabhängig davon, ob es Bundesrecht, kantonales Recht oder kommunales Recht ist, öffentlich einsehbar. Im Zeitalter des Internets ohnehin.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz, zum Zweiten!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrte Anwesende. Aber, Stephan Wolf, ja, also, da würdest du deinen Job als Gerichtsschreiber gewissermassen überflüssig machen, wenn jeder immer gleich das Gesetz nachschlagen würde. Dass das nicht der Realität entspricht, wissen wir hier, glaube ich, alle. Wie erwähnt: Wir befinden uns auf einer niederen Flughöhe, wo das Anliegen ist. Ich denke, man könnte sich da wirklich einen Schritt bewegen. Das wäre ein Anliegen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Romina Stefanizzi!

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Ich muss Stephan Wolf recht geben, tut mir leid. Denn es ist einfach so. Wenn ich mich einbürgern lassen will, dann gehört es zu mir, dass ich mich darüber schlau mache. Es gehört auch zu mir, dass ich mich informiere, dass ich darüber lese. Wie man auch erwähnte: Es gibt eine gewisse Anzahl Jahre, während denen man in der Gemeinde leben muss. Es ist nicht so, dass man hierherzieht und findet: Ich werde nun eingebürgert. Sondern, man kennt dann die Gemeinde, also ich glaube, knappe fünf Jahre sind das Mindeste. Dann muss ich einfach sagen: Also innerhalb dieser fünf Jahre findet man den Weg zur Gemeinde, bei der man sich selbst darüber informieren kann. Ansonsten findet man bestimmt auch die Bürgergemeinde. Danke vielmals.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf, ah, okay. Dann Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Wenn man diesen Gedanken weiterspinnt und sagt, wenn man ein Ausländer ist, muss man es selbst nachschauen gehen. Dann frage ich mich: Weshalb informieren wir Bürger über Dinge, die sie eigentlich von selbst nachlesen können? Also müssten wir folgerichtig, wenn wir dies hier jetzt ablehnen, danach einen Antrag stellen, dass wir auch die Informationsverteilungen in Zukunft unterbinden. Denn es kann jeder die Information im Internet selbst einholen. Danke.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Tatjana Despotovic!

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Vielen Dank. Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrter Rat. Ich als Einwanderin der ersten Generation habe mich einbürgern lassen. Wir haben in der Gemeinde nur positive Rückmeldungen erhalten. Überall dort, wo wir gefragt haben, wie es läuft, ist man uns entgegengekommen. Ich finde auch, dass man sich selbst interessieren muss, dass man sich als Teil der Gemeinde fühlen muss, dass man sich als Schweizer Bürgerin selbst fühlen und den ersten Schritt selbst tun muss. Es gibt viele aus meinem Bekanntenkreis, die hier viel länger als ich leben, und sagen: Ja, weshalb, ich fühle mich gar nicht als Schweizer. Vielen Dank.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Mehmet Can, Präsident: Somit liegt ein **Gegenantrag** vor. Entsprechend müssen wir darüber abstimmen, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Dann würde ich abstimmen. Wer dafür ist, dass das Postulat überwiesen wird, soll jetzt bitte **abstimmen**. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen, bitte zu mir!

://:

Sie haben diesem **Antrag** mit 18 Ja, 11 Nein und 1 Enthaltung **zugestimmt**. Entsprechend ist dieses **Postulat überwiesen**.

Wir kommen zu Traktandum 12.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 12

Motion von Matthieu Dobler Paganoni und Noëmi Feitsma-Wirz, SP, betreffend Aufwertung der Parkanlage an der Ecke Spitzwaldstrasse / Lettenweg
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4813

Mehmet Can, Präsident: Ich gehe mal davon aus, Herr Vogt, Sie sind für Entgegennahme, hätten Sie gleich noch etwas dazu zu sagen? Nichts! Hat jemand anders noch eine Wortmeldung dazu? Liegt ein Gegenantrag vor? Somit ist die **Motion überwiesen**.

Wir kommen zu Traktandum 13.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 13

Verfahrenspostulat von Lucca Schulz, SP, vom 28.11.2025, betreffend

Fragestunde

Antrag des ER-Büros: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4814

Mehmet Can, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht gemäss Geschäftsreglement so aus: Zuerst die antragstellende Person, Lucca Schulz, entsprechend das Einwohnerratsbüro und anschliessend die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und dann die allgemeine Rednerliste. Herr Lucca Schulz, Sie haben das Wort!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Da ich bereits eigentlich in Vorleistung ging und, wie man weiss, erwähnt habe, weshalb ich dafür bin, würde ich jetzt gerne zuerst Ihre Ausführungen hören und danach sowohl als Postulant als auch als Fraktionssprecher reden. Danke.

Mehmet Can, Präsident: So, jetzt hat das Einwohnerratsbüro die Begründung. Ich gehe davon aus, dass sie jeder erhalten hat. Entsprechend würde ich es trotzdem für das Protokoll ausführen. Das Verfahrenspostulat als Begründung für Nichtentgegennahme: Das Verfahrenspostulat wurde im Einwohnerratsbüro intensiv diskutiert, auch vor dem Hintergrund einer wünschenswerten, schlanken Sitzungsführung. In der Gesamtabwägung wurde es jedoch **mehrheitlich abgelehnt**, aufgrund folgender Erwägungen:

Die Fragestunde bietet dem Einwohnerrat eine flexible und niederschwellige Möglichkeit des direkten Austauschs mit dem Gemeinderat und stärkt damit bewusst die Nähe zur Exekutive. Zudem erlaubt die Fragestunde rasche und ressourcenschonende Antworten, während Interpellationen und kleine Anfragen deutlich aufwendiger sind. Das Büro befürchtet, dass eine stärkere Formalisierung, wie sie der Vorstoss verlangt, diesem Zweck entgegenwirkt. Gleichzeitig wird die vorgeschlagene fixe zeitliche Begrenzung auf 30 Minuten als künstlich und zu starr beurteilt, was dazu führen könnte, dass am Ende der 30 Minuten kurze oder dringliche Fragen unnötig verschoben werden. Aus den vorgenannten Gründen empfiehlt das Einwohnerratsbüro die Nichtentgegennahme des Verfahrenspostulats.

So. Jetzt haben zuerst einmal, bevor wir zur allgemeinen Rednerliste kommen, die Fraktionssprecherinnen und -sprecher das Wort. Dazu bitte ich Tim Söllick, das Gespräch zu führen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Wir haben es natürlich intensiv studiert, weil es immer ein Problem ist. Wir hatten es häufig, dass die Fragestunde dann in ein endloses Hin und Her, und «Ich hätte noch gerne diese Frage, und ich hätte noch gerne das» abdriftet. Gleichzeitig haben wir in der Fraktion diskutiert: Wir möchten nicht zu viele Formalismen. Wir möchten nicht, dass vorn jemand mit der Stoppuhr Zeit nehmen muss und prüfen, wie viele Gegenfragen etc. Deshalb würden wir vorschlagen, Lucca, dass wir den ersten Teil, die vorgängige Frageneinreichung belassen und die zwei weiteren Punkte, die zeitliche Begrenzung und die Begrenzung auf drei Fragen auf eine Frage ... nein, wie jetzt? – die Begrenzung auf eine Frage mit drei Unterfragen weglassen. Sodass wir also nur noch die vorgängige Frageneinreichung hereinnehmen. Dies wäre nach unserer Meinung ein guter Kompromiss, der bewirkt, dass der Gemeinderat sich wirklich auch auf die Fragen vorbereiten kann. Aber nicht, dass wir die ganze Zählerei und Blockiererei haben und eine gewisse Flexibilität nicht mehr.

Gleichzeitig hätten wir auch noch einen «Kann-Begriff» drin, dass der Gemeinderat, falls er möchte, auch auf eine Frage antworten kann, die am Dienstag reinkommt, weil es ein dringendes Thema ist, weil nun irgendwie ein Schulhaus abbrennt, dann kann er ja gerne noch eine Antwort geben, dass wir es aber normalerweise am Montag als Termin festsetzen.

Das, Lucca, wäre unser Vorschlag, also Änderungsantrag 1, würden wir sehr gerne unterstützen. 2 und 3 finden wir bürokratisch und rechnungstechnisch ein wenig ein Overkill. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich hätte natürlich gehofft, dass vom Einwohnerratspräsidenten noch ergänzende, mündliche Ausführungen kommen, aber ja. Also, wir sind uns ja, glaube ich, in der Problemanalyse hoffentlich alle einig, dass wir mit der Fragestunde ein Problem haben. Das Problem ist schon, fairerweise, seitdem ich im Rat bin. Es hat sich meiner Meinung nach immer mehr akzentuiert. Klar, Fragen sind ressourcenschonender als Interpellationen, dies stimmt ein Stück weit. Ein Stück weit stimmt es aber auch nicht. Wenn wir mal überlegen, wie viele Traktanden wir schon einmal wegen der Fragestunde verschieben mussten. Wie viele Geschäfte wir nicht verabschieden konnten, die, wenn man dies einberechnen würde und es finanziell gewichten könnte, würde es von den Ressourcen her auch wieder anders aussehen. Insofern bleibe ich dabei: Wir haben ein Problem. Es wäre wichtig, dass wir es mal öffnen. Nichts anderes verlangt nämlich dieses Verfahrenspostulat. Es geht darum, dass man das Geschäftsreglement einer Revision unterzieht. Dann müsste man zwei Lesungen machen und es müsste über den neuen Text zweimal abgestimmt werden. Bei diesem Postulat geht es nur darum, ob das Büro überhaupt mal mit solchen Vorschlägen kommt.

Ich habe nun hier mal meinen Mustertext erfasst. Ihn unterteilt in mehrere Stossrichtungen. Ich habe sie übrigens auch nicht selbst erfunden. Ich habe mich am Landrat orientiert. Dort scheint es auf diese Weise zu funktionieren. Man kann natürlich sagen, es sei überreglementiert. Ja, man muss auch nicht alles so wie der Landrat machen. Ich gebe auch gerne zu Protokoll: Für mich wäre es immer noch eine Verbesserung, wenn wir nur den Absatz 1 so abändern und die Absätze 1^{bis}, 2 und 3 halt belassen. Diese Frage muss man aber nicht heute diskutieren, sondern dann, wenn das Ding überwiesen wird, an den zwei Lesungen. Insofern bitte ich eigentlich weiterhin um Unterstützung. Ich denke, es würde dem ganzen Rat guttun. Dann können wir an den Lesungen über die Einzelheiten diskutieren. Wobei ich gerne noch einmal erwähne: Von mir aus wird es nicht daran scheitern, wenn man nur Absatz 1 verändern würde. Merci.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Romina Stefanizzi!

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Danke vielmals. Wegen der Fragestunden: Es ist halt einfach so, dass viele Fragen vielleicht eben gerade aufgrund einer Antwort noch einmal auftauchen, ja, halt als Zusatzfragen kommen. Das kann ich nicht auf 30 Minuten limitieren oder schon im Voraus stellen, weil eben die Antwort noch ausstehend ist. Ich finde schon, ich halte es für schwierig, weil eben genau für solche Diskussionen sind wir doch hier. Da müssen wir Fragen stellen können. Damit wir es beantworten können, und eventuell gibt es noch einmal einen Denkanstoss, der uns dann die Möglichkeit gibt, weiterarbeiten zu können, auch bei uns in den Fraktionen oder innerhalb der Fraktionen, weil es gerade ein spezifisches Thema ist, welches uns dann vielleicht interessiert. Ich muss jetzt ganz ehrlich sagen, ich finde es ein wenig eine Schnapsidee.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde die Anpassung von Christian Jucker, das mit der vorgängigen Einreichung der Fragen, eigentlich interessant. Ich glaube, dies gehört dort in einem gewissen Mass zum Anstand, dass man sie vorgängig einreicht. Ausser, es ist wirklich eine Ausnahmesituation. Aber die restlichen Sachen sind uns in diesem Zusammenhang zu formalistisch. Ich habe in diesem Zusammenhang einfach noch eine Frage: Haben wir nicht mal, ich glaube, das wurde sogar überparteilich eingereicht, eine Anpassung des Einwohnerrats-Geschäftsreglements und der Gemeindeordnung in einer Motion oder einem Postulat ohnehin verlangt, dass man sie wieder einmal anpasst? Denn dann wäre es vielleicht genau ein solcher Punkt, Lucca, den man dort gleich hineinnehmen könnte, denn in the end geht es eigentlich um die Anpassung dieses Reglements. Ich meine, da gibt es ein hängiges Geschäft, oder irre ich mich komplett? Irgendwann hatten wir etwas Tolles, als alle Fraktionen die Köpfe zusammensteckten und fanden, man sollte da wieder mal etwas machen. Es ist an der Zeit. Aber vielleicht irre ich mich auch. Irgendjemand hier weiss bestimmt, wovon ich spreche.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich erinnere mich daran, dass es mal einen Einwohnerrat gab, in welchem man keine Fragestunde hatte. Man hatte das Instrument der kleinen Nachfrage, der Interpellation und so weiter und so fort. Dann fand man, man müsse ein Forum geben, in welchem man kurz informieren kann. Dieses «kurz» hat sich über die Jahre, in denen ich es verfolgen konnte, in eine politische Plattform verwandelt, auf der man dringende Interpellationen beantworten lässt, auf der man in der Tat manchmal kurz zuvor einreicht. Es ging über den eigentlichen Zweck

der Fragestunde weit hinaus. Insofern kann ich auch nur dazu appellieren, dass man wieder zu einer Geschäftsordnung zurückfindet, dass man sagt, dass man diese Anfragen wirklich auf Fragen, kleine Fragen, reduziert. Da dies offensichtlich für viele Leute im heutigen Verständnis nicht mehr vorhanden ist, dass «klein» nicht heisst, dass man am Tag zuvor 15 Fragen stellen kann, sondern dass man einfach nur eine beschränkte Zeit hat, in der man kurze Antworten erwartet, scheint es mir doch notwendig zu sein, dass man gewisse Regularien vorgibt. Sodass jene, die ihre Fragen formulieren, auch wissen, worum es geht. D. h., nicht, dass man dann nicht auch eventuell Rezeptionen macht. Es muss da niemand mit der Stoppuhr sitzen. Wir sind noch nicht wie in Amerika, wo jeder nur so und so viele Sprachminuten hat und dann die Zeit hauptsächlich dafür verwendet, um zu sagen: Und übrigens, ich möchte die Zeit zurückhaben, die der andere verschwendet hat.

Insofern sind diese Regelungen Boundaries, sind Grenzen, die wir uns selbst setzen, sodass wir einigermassen sicherstellen, dass wir es wirklich im Sinne einer Fragestunde, wie sie ursprünglich geplant war, machen, und sie nicht als Instrument benutzen, um das eigentliche Geschäftsreglement zu umgehen, dass wir nämlich die Interpellationen umstellen und wir die kleinen Nachfragen umstellen. Das soll es nicht sein. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Das Meiste habe ich nun schon direkt mit Urs diskutiert. Es gibt eine Gesamtrevision der Gemeindeordnung, die angedacht ist, aber nicht das Reglement, welches wir hier diskutieren. Das wäre ohnehin etwas für die Fragestunde, den Stand des Gemeinderats zu erfragen. Machen wir jetzt nicht. Wir wären weiterhin, jetzt noch als Feedback an Romina, ich denke, der Gemeinderat kann nur eine fundierte Antwort geben, wenn er die Fragen ein wenig im Voraus hat. Ich glaube, dieser Punkt ist für mich wirklich wichtig. Bei den Fragen in den Sitzungen sagt der Gemeinderat so halb: "Ja, das kann ich jetzt vielleicht, und jenen chatte ich mal kurz an, und so weiter." Ich halte es für gescheit, man gibt dem Gemeinderat Zeit, um eine Antwort zu geben. Das wäre für mich so das Stronghold dieser ganzen Revision. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Corinne Probst!

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich spreche nun nicht für die Fraktion. Ich unterstütze dieses Verfahrenspostulat, vollumfänglich. Ich finde es eigentlich an sich eine gute Idee, dass man die Fragen vorgängig einreicht, ja, dies erklärt sich von selbst. Dass man zeitlich festhält, bis wann, finde ich auch sehr gut. Ich muss ehrlich sagen: 30 Minuten Fragestunde, wenn die Fragen vorgängig eingereicht wurden, sollten eigentlich reichen. Dass man nachher auch nicht eine Diskussion daraus entwickelt, finde ich auch. Denn, wenn man etwas diskutieren will, wenn man ein Thema hat, welches man für dermassen wichtig hält, dann finde ich, soll man eine Interpellation oder ein Postulat einreichen. Dann muss man das nicht in der Fragestunde klären. Die Fragestunde erachte ich als das Instrument, mit dem man wirklich etwas, was man vielleicht irgendwo aufgeschnappt hat, oder zu dem man angefragt wird, «Kannst du das mal abklären», wirklich unterschwellig vorbringen kann. Alles, was darüber hinausgeht, kann man auch als kleine Anfrage formulieren. Wenn sich der Gemeinderat auf die Fragestunde vorbereitet, weil man die Fragen bereits vorgängig einreicht, dann sehe ich auch nicht gross, wo der Unterschied einer schriftlichen Antwort auf eine kleine Anfrage liegt. So ein grosser Unterschied macht das dann auch nicht mehr aus. Ich unterstütze dieses Verfahrenspostulat. Danke.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich halte dieses Verfahrenspostulat für sehr sinnvoll. Und ich empfinde die Fragestunde als wichtig. Sie ist für mich etwas vom Lebendigsten, das ich in der Demokratie in Allschwil erlebe. Wenn es heisst «Fragestunde», dann kann sie nicht 30 Minuten dauern. [*Gelächter im Hintergrund*]

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Mehmet Can, Präsident: Die Haltung des Büros kennen Sie ja. Ich möchte aber trotzdem zwei, drei Dinge dazu sagen. Es sind interessante Argumente eingegangen, wirklich ausgezeichnete. Ich würde manchmal in der Fragestunde für den Gemeinderat um Rücksicht bitten, dass die Antwort nicht zehn Minuten dauert. Dass man sich auch knapp halten kann. Dass es manchmal eine Redezeitbeschränkung gibt, kennen Sie auch bei gewissen anderen Gemeinden oder auch im Landrat, dass sie, glaube ich, fünf Minuten dauert, und dann ist es okay. Wenn man manchmal ausholt, ist es halt auch sehr

schwierig, von hier oben abzuklemmen und zu sagen: Jetzt reicht es. Das ist eigentlich auch nicht fair. Es darf aber auch nicht so sein, dass man Reglemente gewissermassen umgeht und seine Fragen in Form einer Fragestellung beantwortet. Aber noch einmal ein Appell an den Gemeinderat: Manchmal bitte auch kurzhalten. Ansonsten vielleicht auch mal denjenigen darauf aufmerksam machen, eine Interpellation oder Frage schriftlich einzureichen. Oder manchmal auch die Verwaltung anrufen, dies geht auch ziemlich schnell. Die kommen auch zurück. Es ist sehr schwierig, es ist wichtig und es ist auch richtig, dass wir eine Fragestunde haben, aber man muss manchmal auch das Verhältnis finden: Wie lange darf man sprechen oder wie lange soll man sprechen? Beide Seiten, nicht nur beim Einwohnerrat, auch beim Gemeinderat. Danke schön.
Herr Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Danke schön für diese Worte. Aber genau das spricht dafür, dass wir es jetzt überweisen. Dann soll sich das Büro über all das Gedanken machen. Danach behandeln wir es, wie man weiss, noch einmal, im besten Fall in zwei Lesungen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. In diesem Fall kommen wir zur **Abstimmung**. Wer dafür ist, dass das Verfahrenspostulat überwiesen werden soll, bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Danke schön. Stimmzählerinnen bitte zu mir!

://:

Sie haben das **Verfahrenspostulat** mit 22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **überwiesen**.

Wir kommen zu unserem letzten Traktandum.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 14

Petition

zur Wiedereinführung von Winterzulagen und Winterhilfe
Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4816

Mehmet Can, Präsident: Ausführungen vom Einwohnerratsbüro kurz erläutern ... – Entschuldigung. Zuerst das Einwohnerratsbüro und danach die allgemeine Beratung, Fraktionssprecher und dann die Rednerliste. Gibt es allfällige ...? – Entschuldigung, jetzt bitte ich um 30 Sekunden Pause. – So, Entschuldigung, ich musste noch schnell schauen. Also, bei dieser Petition geht es eigentlich ums Sparen. Petition zur Wiedereinführung von Winterzulagen und Winterhilfe. Wie wir wissen, wurde es 2024 vom Budget gestrichen, wegen der Befürchtung, dass es die Finanzlage, bzw. die Finanzen in Schiefelage bringen könnte. Dies war aber nicht richtig, weil wir 2024 mit 20 Mio. Franken Überschuss bzw. Gewinn abgeschlossen haben. Und die Winterzulagen kosteten eigentlich 100 000 Franken, also weniger als 0,07 % des gesamten Aufwands. Deshalb wurden im Jahr 2025 die Winterzulagen nicht mehr ausbezahlt.

Diese Streichung – es hat sich herausgestellt, bzw. in dieser Petition geht es darum, es hat sich herausgestellt, dass es ein Fehler war, und die Sparziele haben zuungunsten der ärmeren Leute in der Gemeinde, bzw. zu ihrem Nachteil gewirkt.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt darüber beraten. Entschuldigung, Lucca? Allgemeine Beratung! Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Eine Petition ist, wie man weiss, ein Anliegen der Bevölkerung, der Einwohner an eine politische Behörde. Sie wird unterschriftlich eingereicht, und die politische Behörde hat dann die Pflicht, die Petition zu behandeln. Dies steht in der Bundesverfassung – das Petitionsrecht. Das erklären zu müssen, ist ein wenig schade. Was die Petitionäre wollten, wenn man die Petition liest und wenn man sich erinnert, wann sie eingereicht und wann sie gemeldet wurde, und ich bin mir sicher, die allermeisten hier haben es mitbekommen: Diese Petition wurde ab ungefähr Herbst vergangenen Jahres bis vor die Budgetsitzung des Einwohnerrats gesammelt. Was die Petitionäre wollten, ist, dass der Einwohnerrat die Winterzulage wieder einführt. Sie haben

diesem Anliegen mit ihrer Unterschrift die Unterstützung signalisiert. Der Einwohnerrat konnte bedauerlicherweise mit der Differenz von einer Stimme nicht entsprechen. Das ist der Stand der Petition.

Das Büro hat sich dazu entschieden, obwohl es die Petition an diesem Tag von einer Petitionärin erhalten hat, die Petition nicht zu traktandieren. Aus welchem Grund sie jetzt zu traktandieren, zwei Monate später, kann ich nicht nachvollziehen. Meiner Meinung nach hätten sie an jenem Tag traktandieren sollen, es hätte das Büro nichts daran gehindert. Es hätte sie auch im Info-Fenster verlesen können. Nun ist es durch. Ich bin in Kontakt mit den Petitionären, weil sie ja offensichtlich dasselbe Anliegen wie ich hatten, denn der Budgetantrag von mir hätte sozusagen der Petition zum Durchbruch verholfen.

Ich kann dazu jetzt – in diesem Sinn haben wir jetzt die Debatte zu den Winterzulagen wirklich schon ein paarmal geführt, und es ist auch traurig, dass wir mit diesem bedauerlichen, wirklich bedauerlichen Thema abschliessen müssen. Ich kann dazu zwei Sachen erläutern: Einerseits die Fraktionshaltung, die Haltung der F.. – der FDP, [*lacht*] ja, das wäre wunderbar, hätten sie dieselbe Haltung –, die Fraktion der SP hat die Haltung, dass man Handlungsbedarf hat. Wir müssen schauen, wie wir auf anderem Weg dazu kommen, die Armut in Allschwil zu bekämpfen. Wir haben nun gesehen, Sie sind offensichtlich hier in einer Mehrheit nicht bereit, diesen Weg zu unterstützen. D. h. aber nicht, dass wir nicht andere Wege suchen werden. Ich hoffe sehr, dass wir andere Wege mit einer Mehrheit hier finden werden.

Und zweitens habe ich noch eine Nachricht einer Petitionärin erhalten, die mich darum gebeten hat, dass es verlesen wird. Ich denke, dies gebührt auch dem Respekt dieser Person, die selbst betroffen ist. Sie hat mir geschrieben, dass ich doch dem Einwohnerrat mitteilen soll, jetzt mache ich es wörtlich: «... was es bedeutet, mit wenig Geld, 3065 Franken pro Monat, den Lebensunterhalt bestreiten zu müssen. Was viel Verzicht auf Dinge wie eine kurze Auszeit vom Alltag, eine hohe Rechnung z. B. vom Tierarzt oder auf Dinge, die für andere selbstverständlich sind, bedeutet.» Die Winterzulage hat diesen Leuten einen gewissen Spielraum verschafft. Ich denke, damit kann man schliessen. Ich glaube zu wissen, oder ich hoffe, dass sich die allermeisten hier in einer sehr stabilen, finanziellen Lage befinden, und sich nicht mit einer solchen Problematik auseinandersetzen müssen. Ich hoffe, dass man in Zukunft auch diese Perspektive wieder stärker gewichtet. Merci.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank, Herr Schulz. Dann würde ich sagen, die allgemeine Rednerliste ist eröffnet. Die Fraktionssprecher und anschliessend die allgemeine Rednerliste. Herr Tim Söllick!

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Gibt es Wortmeldungen? Ueli Keller, bitte!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich fand es sehr schade, dass damals, als es um diesen Budgetantrag ging, die Petition durch den Einwohnerrat nicht würdig behandelt wurde. Ich kann das mit einer Petition vergleichen, bei der ich mich sehr engagiert hatte, für den einen Baum im Strenggigarten, für den Einbaumwald – das war ein Witz! – Diese stand in keinem Verhältnis zu der jetzigen Petition, bei der es um die Winterzulage ging. Was die Sache an sich betrifft, finde ich, ist die Allschwiler Politik, die durch den Gemeinderat und den Einwohnerrat repräsentiert ist, in dieser Frage nicht besonders menschlich.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es waren 450 Leute, welche diese Petition unterschrieben haben. Da sind wir schon nahe an der Hürde, die es benötigte, um ein Referendum zu erwirken, dass man an die Urne kann. Hier benötigt es für das Behördenreferendum lediglich ein Drittel der Anwesenden. Ich erwähne es noch einmal: 450 Leute haben es unterschrieben. Irgendwie müssen wir doch jetzt damit etwas anfangen. Wir haben es verpasst, diese Petition in der Dezembersitzung zu besprechen. Ich glaube, es wird jetzt Zeit. Der Rat kann eine solche Petition dem Gemeinderat als Motion oder als Postulat oder zur Kenntnisnahme überweisen. Ich glaube, wenigstens dies sind wir den 450 Leuten schuldig. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es sollten ja schon alle ein wenig bei der Wahrheit bleiben. Diese Petition fordert die Wiedereinführung der Winterzulagen und der Winterhilfe. Diese haben wir tatsächlich schon zur Hälfte erfüllt, denn die Winterhilfe wurde wieder eingeführt. Diese war nicht einmal bestritten. Der Gemeinderat hat sie wieder ins

Budget aufgenommen, und dies blieb unbestritten. Es gab nicht einmal eine Diskussion darüber. Die Diskussion gab es, und wir haben sie im Dezember im Wissen, dass eine Petition vorliegt, geführt. Wir haben die Diskussion um die Winterzulage für die Ergänzungsleistungsbezüger geführt. Da hat der Gemeinderat zu Recht gesagt oder die FIREKO, die Situation sei eine andere: Ab 2026 gibt es die 13. AHV-Rente, und für AHV-Bezüger, die EL erhalten, wird diese zusätzlich ausgerichtet, ohne dass sie bei der Einkommensschwelle angerechnet wird. Damit erhalten die Betroffenen bereits mehr, deutlich mehr, als die Winterzulage je war. Deshalb macht es keinen Sinn, dass man sie jetzt wieder einführt. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Mehmet Can, Präsident: Dann frage ich: Gibt es allfällige Anträge aus dem Rat? Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Noch ganz kurz zum Statement von Matthias Häuptli. Dies ist ja auch nicht ganz richtig, denn, ja, die Hälfte durfte man nicht ... – wenn man es finanziell betrachtet: Die Winterhilfe war deutlich weniger als die Winterzulage. Aber inhaltlich haben wir es schon oft diskutiert. Ich stelle jetzt einfach trotzdem einen Antrag, damit es dieses Zeichen gibt oder halt auch nicht gibt, aber auf jeden Fall, damit wir ein Resultat erhalten. Ich stelle jetzt den **Antrag auf Überweisung an den Gemeinderat zur Kenntnisnahme**, wohl wissend, dass sich die Mehrheiten nicht verändert haben. Aber ich finde es jetzt auch gegenüber dieser Petition und gegenüber den Leuten, die sie unterschrieben haben, unwürdig, dass sie nun einfach verpufft. Ich möchte, dass noch einmal abgestimmt wird. Und einfach Entgegennahme, eine Überweisung zur Kenntnisnahme beantragen. Danke.

Mehmet Can, Präsident: Sonstige Anträge? Ich gehe nicht davon aus. Entsprechend kommen wir sogleich zum **Antrag von Lucca Schulz**. Wer dafür ist, dass die Petition überwiesen wird, soll jetzt bitte mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen, bitte schnell zu mir!

://

Sie haben den Antrag von Lucca Schulz mit 23 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung ...

[Stimmen im Hintergrund]

Wir haben eine Differenz – Entschuldigung. Wir wiederholen das Ganze, denn irgendwo haben wir eine Differenz. Also, ich bitte noch einmal kurz um Aufmerksamkeit und um Nachsicht.

Wer dafür ist, dass die Petition überwiesen wird, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. – Entschuldigung, dass die **Petition zur Kenntnis überwiesen** wird, soll bitte jetzt abstimmen! Wer dagegen ist! ...

[Stimmen im Hintergrund] Herr Jucker, haben Sie nicht zuvor schon die Hand aufgestreckt, oder habe ich das falsch gesehen? Okay! Enthaltungen bitte! Danke schön. Stimmzählerinnen, bitte zu mir!

://

Sie haben diesen **Antrag** mit 16 Ja, 10 Nein und 3 Enthaltungen **zur Kenntnisnahme überwiesen**.

Danke schön.

Damit sind wir auch am Ende unserer Traktandenliste angekommen. Morgen Abend findet entsprechend keine Einwohnerratssitzung statt. Ich bedanke mich für die grosszügige und speditive Zusammenarbeit. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG 21.10 Uhr